

rundschreiben
01/21



medico international



Weit der Zumutun- gen

Pandemie der Ungleichheit/Moria-Komplex/
Politizid in Syrien/Der Mord an Lokman Slim/
Zur [Re]-Konstruktion der Welt

Titelbild: Manchmal entwickeln Motive ihre Aktualität fortlaufend weiter: Vor einiger Zeit haben wir dieses von der Berliner Agentur Ballhaus West entworfene Bild im Rahmen einer Plakatserie verwendet. Für diesen Rundschreiben-Titel schien es uns passend: Angesichts der geschehenen Verheerungen gibt es kein Zurück, so idyllisch es manchen auch immer scheint; es geht nur nach vorne, ins Ungewisse einer neuen, anderen Zukunft voller Zumutungen.

Fotos der Autor:innen: medico, Privat

Impressum

Herausgeber:
medico international
Lindleystr. 15
D-60314 Frankfurt am Main
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Moritz Krawinkel, Ramona Lenz, Christian Sälzer
Korrektorat: Christin Stühlen
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf
100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

AUF EINEN BLICK – MEDICO-RUNDSCHREIBEN 01/21

- 4 Editorial**
- 6 Kosmopolitische Zukunft**
Kommentar: Auf dem Weg zu weltgesellschaftlichen Verhältnissen
- Pandemie der Ungleichheit**
- 12 Halten die Patente?**
Die Pharmaindustrie, das Patentrecht und die Weltgesundheit
- 16 Ein Gebot der Vernunft**
Perspektiven aus dem Süden
- 18 Impfweltmeister**
Immunität in Israel, Mangel jenseits der Grünen Linie
- 20 Projekte Projektionen**
Somalia, Indonesien, Libanon
- 22 [K]ein humanitäres Problem**
Der Moria-Komplex: Studie zur EU-Politik der Auslagerung
- 26 Europa weit draußen**
Atlantikroute und Migrationsbekämpfung in Westafrika
- Im Bann von Krieg und politischer Gewalt**
- 28 Zwei Engel der Geschichte**
Das Gefängnisystem und Politizid in Syrien
- 34 Ein Mord und seine Folgen**
Libanon: Nach dem gewaltsamen Tod von Lokman Slim
- 36 Stoische Hoffnung**
Nordostsyrien: Aufbauarbeit unter existentieller Bedrohung
- [Re]-Konstruktion der Welt**
- 38 Rückblick auf die medico-Konferenz**
- 41 Die Hilfe am Scheideweg
- 43 Kapitalismus als Errungenschaft und als Desaster
- 46 Rekonstruktion: Was haben wir gemeinsam?
- 54 medico aktiv**
Hanau, Utopischer Raum, Armut & Gesundheit
- 56 Bestellen & Verbreiten**
- 58 Spenden & Stiften**

Es gibt kein Zurück zur alten Normalität: Zumutungen sind unvermeidbar

Liebe Leser und Leserinnen,

während die Corona-Infektionen auch in Deutschland wieder zunehmen bieten wir Ihnen nun darüber hinaus ein Heft voller Zumutungen. Das schreibe ich nicht nur, weil im hinteren Teil des Heftes der Konferenzbericht von mir und Thomas Seibert viel zu lang geraten ist. Wir wussten uns nicht anders zu helfen, als die Debatten um die [Re]-Konstruktion der Welt auch im Angesicht der aktuellen Lage in ihren Details Revue passieren zu lassen. Eines ist sicher – nach der Konferenz: Auch ohne Corona darf es kein Zurück zum alten Normalen geben, in dem der privilegierte Teil der Menschen die Ressourcen der Erde rücksichtslos verbraucht.

Eine Zumutung anderer, sehr schmerzhafter Art ist der Text von Yassin al-Haj Saleh, den wir anlässlich des zehnten Jahrestages der syrischen Revolution veröffentlichen. Der syrische, in Berlin lebende Autor saß selbst jahrelang in syrischen Gefängnissen ein, seine Frau – von Islamisten entführt – ist noch immer verschwunden. In seinem Text beschreibt er die systematische Praxis der Folter, des Mords, des Verschwindenlassens als Politizid, als Vernichtung jeglicher Möglichkeit von Politik, die den Menschen eine andere Perspektive als die der Unterwerfung eröffnen würde. Er setzt die andauernde Herrschaft Assads in den Kontext anderer Verbrechen gegen die Menschheit. Damit macht dieser Text uns alle zu Zuschauer:innen eines Menschheitsverbrechens. Das Versagen einer sogenannten internationalen Gemeinschaft, die Verbrechen des syrischen Regimes zu stoppen, die Fortdauer und Hinnahme dieses Regimes kommt einem Epochenbruch gleich. In diesen politischen Kontext gehört auch die Ermordung unseres Partners Lokman Slim im Libanon, die uns alle tief getroffen hat. Dazu das Interview mit seiner Frau und politischen wie künstlerischen Weggefährtin, Monika Borgmann.

Der Rechtswissenschaftler und Politologe Maximilian Pichl hat in einer Studie für *medico international* zum fünften Jahrestag des „EU-Türkei-Deals“ diese Politik und ihre Folgen gründlich untersucht. Wir veröffentlichen Auszüge. Das Versagen um Syrien und in der Migrationspolitik offenbart das, was der italienische Philosoph Giorgio Agamben in seinem Buch „*Homo sacer*“ 2002 schrieb: Das Lager ist nicht „als eine historische Tatsache und Anomalie anzusehen“, sondern „in gewisser Weise als verborgene Matrix, als *nomos* des politischen Raumes, in dem wir heute noch leben“. Ein Ausgang aus der katastrophischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, die uns einzuholen scheint, kann so nur im Horizont offener Grenzen und dem Recht auf Bewegungsfreiheit liegen. Der renovierte Kosmopolitismus, wie ihn Thomas Gebauer in seinem Leitartikel aufruft, wäre eine gangbare Spur.



Katja Maurer ist
Chefredakteurin des
*medico-rundschrei-
bens*.

Natürlich kann auch dieses Heft nicht erscheinen, ohne sich weiter mit Covid-19 zu beschäftigen. Der Kampf um die Freigabe der Patente und damit die Lizenzierung der Produktion von Impfstoffen ist noch nicht zu Ende ausgefochten. Andreas Wulf gibt, wie nun fast in jedem Heft, den neusten Stand dieser Auseinandersetzung wieder. Dass nun auch die neue Chefin der Welthandelsorganisation (WTO) darauf dringt, dass Lizenzierungen möglich und Patentschutzregeln ausgesetzt werden müssen, ist ein Hoffnungsschimmer. Wie jedoch die globalisierten Märkte und die Monopolisierung der Pharmaproduktion einer gerechten und gemeinwohlorientierten Medikamentenproduktion entgegenstehen, finden Sie in diesem Heft beschrieben.

medico international befindet sich im Generationswechsel. Christian Weiss, der zwei Jahre lang Geschäftsführer von *medico international* war, hat sich anderen beruflichen Aufgabenfeldern zugewandt. Seine freundliche und zugewandte Art und seine Kenntnisse der sozialen und politischen Verhältnisse in China und der internationalen Handelspolitik werden fehlen. Neueinstellungen vermerken wir hier normalerweise nicht. Aber mit der Politikwissenschaftlerin Radwa Khaled-Ibrahim arbeitet zum ersten Mal eine arabische Muttersprachlerin bei uns. Und der neue *medico*-Vertreter in Ramallah, Chris Whitman, spricht neben Englisch sehr gut Arabisch, aber kein Deutsch. Wir haben jetzt also auch Sitzungen auf Englisch. Ein hinsichtlich unterschiedlicher Muttersprachen multilinguales *medico* ist eine erfreuliche Entwicklung.

Herzlichst Ihre



Kosmopolitische Zukunft

Auf dem Weg zu weltgesellschaftlichen Verhältnissen

Von Thomas Gebauer

In diesen Zeiten über die Chancen eines Weltbürgertums nachzudenken sei etwas für Optimisten, heißt es. Angesichts einer zuletzt wiedererstarkenden politischen Rechten und der Renaissance nationalistischer Abschottungspolitiken scheinen kosmopolitische Ideen tatsächlich aus der Zeit gefallen. Schauen wir aber genauer hin und über unsere Landesgrenzen hinaus, entdecken wir das Gegenteil. Nicht der Provinzialismus wächst in der Welt, sondern die Bereitschaft, aus einer globalen Perspektive auf das Zusammenleben aller zu blicken. Eine 2016 von der BBC durchgeführte Studie ergab, dass sich in Ländern wie Nigeria, China, Indien oder Peru über zwei Drittel der Befragten eher als Weltbürger:innen denn als Bürger:innen ihres Landes sahen, selbst in den USA waren es zwei von fünf. Rückläufig dagegen zeigt sich der Trend in Europa, nicht zuletzt in Deutschland. Ausgerechnet jene Länder, die ihren Wohlstand einer noch immer politischen, ökonomischen und kulturellen Dominanz über andere verdanken, drohen in provinziellem Populismus zu versinken.

Dabei haben kosmopolitische Ideen gerade in Europa eine lange Tradition. Schon Immanuel Kant ersann das Bild einer von internationalen Übereinkünften geeinten Welt. Sein Traktat „Zum Ewigen Frieden“ beeinflusste die Herausbildung des Völkerrechts und fand Eingang in die Charta der Vereinten Nationen. Ver-

gleichbare Impulse gehen von Europa heute nicht mehr aus. Nur noch innerhalb ihrer Grenzen ist die EU um so etwas wie eine Kosmopolitisierung ihre Politik bemüht. Nach außen setzt sie auf überkommene Vorstellungen nationalstaatlicher Souveränität. Das Recht auf Freizügigkeit, das sie denjenigen, die innerhalb Europas leben garantieren will, untergräbt sie mit vorgelagerten Grenzkontrollen in Afrika. Das Bemühen um eine solidarische Verteilung von Impfstoffen innerhalb Europas steht in krassem Widerspruch zum Beharren auf Patenten, die Menschen in den armgehaltenen Regionen vom Zugang zu überlebenswichtigen Arzneimitteln ausschließen. So lassen sich die weltgesellschaftlichen Verhältnisse nicht gerecht gestalten. Die Hoffnung, den Geist der Globalisierung über abgeschottete Wohlstandsinseln wieder einfangen zu können, ist absurd.

Die Welt seit Kant hat sich verändert. Kosmopolitische Ideen werden heute nicht mehr in einer „Leserwelt“, in der einige Gelehrte (und es waren damals nur Männer) ihre Gedanken einem Weltpublikum vorstellen, verhandelt, sondern in der unmittelbaren Begegnung mit dem Fremden im Alltag. Im Zuge der Globalisierung ist die Welt näher zusammengerückt, das Zusammenleben von Menschen vielschichtiger geworden. Und so sind auch die Zeiten, in denen der Fortgang der Geschichte von europäische Sichtweisen dominiert wurde, vorbei.

Die Befreiung menschlicher Lebenswelten von ihren kolonialen Durchdringungen ist überfällig. Es gelte einen neuen Kosmopolitismus zu ersinnen, der nicht von eurozentristischen Perspektiven bestimmt ist, forderte unlängst der kamerunische Philosoph Achille Mbembe auf der medico-Konferenz „Die (Re)-Konstruktion der Welt“. Ohne die gegenseitige Respektierung der Anderen in ihrem Anderssein wird die Entwicklung eines neuen Gemeinsamen, eines „globalen Wir“, nicht gelingen.

Die Bedeutung eines Ethos des globalen Zusammenlebens ist schnell betont, seine Entfaltung eine große Herausforderung. Zuallererst gilt es die bestehenden Dominanzkulturen aufzubrechen, in die wir alle auf unterschiedliche Weise verstrickt sind. Wie sollen kosmopolitische Gerechtigkeitsideen zum Tragen kommen, wenn die Ideologie der kapitalistischen Lebensform tief in den Köpfen der Menschen eingegraben bleibt und nicht Solidarität, sondern Konkurrenz, nicht Gemeinwohl, sondern Eigennutz als erstrebenswert gelten? Wie können die unterschiedlichen Erfahrungswelten zueinanderfinden, wenn nur die jeweils eigene gelten soll? Wie soll sich der Gleichheitsgrundsatz durchsetzen, wenn Gleichheit mit Identität verwechselt wird? Und wie können die Menschenrechte einen Bezugspunkt für das globale Ethos bilden, wenn sie nicht immer wieder als Alibi für die Durchsetzung partikularer Machtinteressen missbraucht würden und deshalb von vielen Menschen im globalen Süden als Ausdruck einer weißen Dominanzkultur betrachtet werden?

In der heutigen Welt muss Kosmopolitismus notwendig ein kultureller Kosmopolitismus sein, einer, der eine Vision davon aufzeigt, wie einander fremde Menschen in ihrem Umfeld alltäglich zusammenleben können, ohne dabei die Sorge um die ganze Welt, die Lebenswelten aller, zu verlieren. So verstanden zielt

Kosmopolitismus auf die Entfaltung einer von jeder und jedem Einzelnen getragenen Verantwortung füreinander, unabhängig von Nationalität, Sprache, Religion und Gewohnheiten.

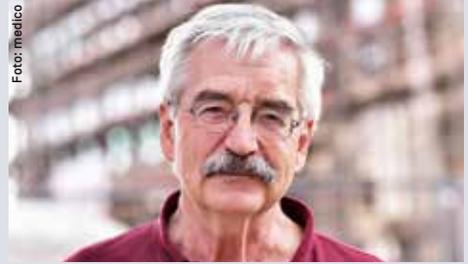
Hivorn ist die Welt noch weit entfernt, auf bemerkenswerte Weise ist der bisherige Globalisierungsprozess unvollendet geblieben. Mit der Entfesselung des Kapitalismus ist die Welt zwar zu einem einheitlichen ökonomischen System integriert worden, politische und rechtliche Institutionen aber, die allen gleiche tätige Teilhabe sichern, sind nicht entstanden. Genau darum muss es heute gehen. Ohne Dis-

Kosmopolitismus zielt auf die Entfaltung einer von jeder und jedem getragenen Verantwortung füreinander.

ziplinierung der global entfalteten Produktivkräfte wird es weder gelingen, das weltweite Krisengeschehen in den Griff zu bekommen, noch ein würdiges Zusammenleben von Menschen zu ermöglichen. Das Drängen auf Gestaltung der globalen Verhältnisse meint nicht das Oktroyieren eines für alle geltenden Gesellschaftsmodells oder die Etablierung einer Weltregierung. Es meint das Ermöglichen vieler selbstbestimmter Lebenswelten, die einen von Solidarität und demokratischer Selbstbestimmung getragenen gemeinsamen gesellschaftspolitischen Rahmen haben. Das ist die Essenz des Artikels 28 der Menschenrechtserklärung. Sie bedeutet heute nichts anderes, als die Freiheitsrechte mit dem Bedürfnis nach sozialer Sicherung in eine Balance zu bringen, über alle Grenzen hinweg.

Radikale Veränderungen gelingen nicht von heute auf morgen. Was aber hindert uns daran, unser Drängen auf demokratische und soziale Rechte im eigenen Land schon heute ins Globale auszuweiten? Zum Beispiel durch die Forderung eines Weltbürger:innenrechts, das die Lücke zwischen den Rechten einzelner gegenüber den Pflichten ausländischer Mächte schließt. Als eigenständige Rechtssubjekte könnten die Opfer von Menschenrechtsverletzungen endlich auch Klage gegen weltweit tätige Konzerne oder intervenierende Militärs führen. Was spricht gegen eine Ausweitung der großen nationalen Rechtsrevolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts und für eine globale Verfassung, mit der politisches Handeln überall an das Recht gebunden wird? Das mag utopisch klingen. Doch die Erfolge, die mit dem Biodiversitätsabkommen, dem Verbot von Landminen oder der Einrichtung eines Strafgerichtshofes erstritten wurden, zeigen, dass wir längst auf dem Weg zu einer Verrechtlichung der globalen Verhältnisse sind.

Wie Weltbürger:innenrecht auch im Lokalen gelingen kann, zeigt die im letzten Herbst in Zürich eingeführte „Züri City Card“. Viele Jahre haben Züricher Bürger:innen dafür gekämpft, dass alle in der Stadt wohnenden Menschen einen offiziellen Ausweis haben, ungeachtet ihrer Herkunft und ihres Aufenthaltsstatus. Nun können sich auch Menschen ohne Papiere gegenüber lokalen Ordnungsbehörden ausweisen, können öffentliche Beihilfen in Anspruch nehmen, Wohnungen mieten, Verträge schließen und Bibliotheken sowie andere Einrichtungen der sozialen Infrastruktur nutzen. Das Recht, Rechte zu haben, das Recht auf Zugehörigkeit, ist in Zürich nicht mehr an eine Nationalstaatlichkeit gebunden; ein großartiger Schritt hin zu einer solidarischen Weltgesellschaft und Beleg dafür, dass es gar nicht so schlecht um kosmopolitische Ideen steht.



ABSCHIED UND NEUANFANG

Thomas Gebauer war mehr als 40 Jahre lang bei medico beschäftigt und seit 1996 als Geschäftsführer des Vereins tätig. Die letzten zwei Jahre leitete er als Sprecher die Stiftung medico international. Den „Utopischen Raum“ wird er gemeinsam mit Ramona Lenz, seiner Nachfolgerin, weiter mit gestalten. Seine Verbundenheit mit medico wird also auch seinen neuen Lebensabschnitt begleiten. Über eine so lange Zeit lässt sich in der Kürze hier nicht sprechen. Ein paar Stichpunkte seiner medico-Biografie lauten: Beteiligt am Aufbau der Solidaritätsbewegung mit Mittelamerika; Entwicklung des psychosozialen Arbeitsschwerpunktes; Aufbau einer transnationalen Öffentlichkeit, die u.a. mit der „Kampagne zum Verbot der Landminen“ 1997 den Friedensnobelpreis erhält; Entwicklung einer transnationalen Öffentlichkeit zum globalen Recht auf bestmöglichen Zugang zu Gesundheit; kritische Reflexion zur Wirkung von Hilfe; Ausarbeitung einer institutionellen Idee von transnationaler öffentlicher Infrastruktur u.v.m. Für medico im Generationswechsel bleibt die Aufgabe, den politischen Raum und das emanzipatorische Selbstverständnis weiterzuentwickeln, die medico trotz der Zeitläufe und der Entpolitisierung der Hilfe bewahrt hat. Thomas Gebauer trug dazu mit seinem Rüstzeug der Kritischen Theorie entscheidend bei und sorgte so dafür, dass medico nicht in einer selbstgewissen, auf die Verteidigung fixer Wahrheiten bedachten Nische landete.

Sie nimmt Lauf



Foto: REUTERS/Thomas Mukoya

Begehrtes Gut: Ein Polizist bewacht die erste Lieferung Covid-19-Impfstoffe aus dem Covax-Programm auf dem Internationalen Flughafen von Nairobi.

ihren



So viel Ohnmacht war selten. Die Pandemie ist offenkundig nicht zu bremsen. Es fehlt auch an politischem Willen und Mut. Verzagt hatte Deutschland die Impfung mit Astra-Zeneca zeitweilig ausgesetzt. Einer der wenigen Impfstoffe, der mit Lizenz in Brasilien produziert wird - weltweit diskreditiert. Während die EU ein gesundheitspolitisches Desaster erlebt, ist in Brasilien eine Gesundheitskrise nie gekannten Ausmaßes ausgebrochen. Schlaglichter auf die Covid-Krise auf den nächsten Seiten.

Halten die Patente?

Wie die Pharmaindustrie ihre Interessen auf Kosten der Weltgesundheit schützt

Von Andreas Wulf

Der populistische philippinische Präsident Rodrigo Duterte ist immer für eine politische Volte gut. Mit brutaler Gewalt setzen das Militär und die Polizei seit der ersten Welle im März 2020 einen der weltweit striktesten Corona-Lockdowns durch, der Millionen Menschen in die Verelendung treibt. Trotzdem haben die Philippinen neben Indonesien die höchsten Infektions- und Sterblichkeitsraten an Covid-19 in der asiatisch/pazifischen Region. Weil Tausende Arbeitsmigrant:innen wegen der globalen Reisebeschränkungen im eigenen Land festsitzen, boten Duterte und das Arbeitsministerium Großbritannien und Deutschland Ende Februar 2021 an, die bestehenden Begrenzungen bei der Anwerbung von philippinischen Pflegekräften aufzuheben – wenn die Philippinen im Gegenzug 600.000 Impfstoffdosen erhalten. So könnten die globalen „Leiharbeiter:innen“ schneller zu ihren Jobs in Übersee zurückkehren und die dringend benötigten Devisen verdienen, auf die viele Familien angewiesen sind.

Dieses „unmoralische Angebot“ wurde von Boris Johnson ebenso zurückgewiesen wie vom deutschen Gesundheitsministerium. Aber es enthüllt präzise das „katastrophale moralische Versagen“ der Weltgemeinschaft, von dem der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Dr. Tedros, im Januar 2021 sprach. Damit skandalisierte er die extremen

Unterschiede beim Zugang zu den seit Ende 2020 verfügbaren Impfstoffen, die trotz der enormen staatlichen Investitionen in die Entwicklung von Diagnostika, Medikamenten und Impfstoffen gegen Covid-19 in der Verfügungsgewalt der Hersteller bleiben. Und das obwohl sie – so noch im letzten Frühjahr vollmundig von EU-Kommissionschefin von der Leyen und anderen prominenten Staatschefs verkündet – „globale öffentliche Güter“ für alle sein sollten. Zum größten Teil sind sie per Vorverträge an eine Handvoll reicher Staaten verkauft worden. Kein Wunder, dass die Börsenwerte der Pharma-Multis Pfizer, AstraZeneca und Johnson&Johnson durch die Decke gingen, ebenso wie die der deutschen Entwicklerfirmen CureVac und BioNTech.

Die Geschichte der Entwicklung der Covid-19-Impfstoffe zeigt einmal mehr, dass öffentliche Investitionen der zentrale Hebel zum raschen Erfolg sind – und gerade nicht das Patentsystem, das die Hersteller für ihre Investitionsrisiken im Erfolgsfall nachträglich entschädigen soll. An der Entwicklung der Impfstoffe entpuppt sich die Behauptung als Mär, dass Patente in einem kapitalistischen System den zentralen Anreiz zur Produktion neuen Wissens und neuer Produkte darstellen. Dennoch wird die Legende weitergesponnen. Die globalen Spielregeln, die durch das Patentsystem der Welthandelsorganisation (WTO) den fi-

nalen Entwicklern dieser Produkte ein Monopol darauf einräumen, scheinen trotz globaler Pandemie in Stein gemeißelt zu sein.

Dabei liegen die Alternativen längst auf dem Tisch. Schon seit Oktober 2020 verhandeln die Mitgliedstaaten der WTO über einen Antrag von Südafrika und Indien, der inzwischen von mehr als 100 Ländern, vornehmlich aus dem Globalen Süden, unterstützt wird. Das Regelwerk des geistigen Eigentums (TRIPS) soll für die Zeit der Pandemie aufgehoben werden, damit technische Geräte, Medikamente, Diagnostika,

Ohne starke öffentliche Gesundheitssysteme wird die Perspektive, Milliarden Menschen schnell zu impfen, zu einem immer ferneren Traum.

Schutzausrüstung und Impfstoffe von anderen Herstellern schneller und billiger kopiert werden können. Aber auch nach einem halben Jahr Verhandlungen blockieren einige Staaten diese Initiative – vornehmlich genau jene Handvoll mächtiger Länder, die dank ihrer Verträge über die Impfstoffe trotz aktueller Engpässe mit dem Status quo leidlich leben können: die Europäische Kommission als Verhandlungsführerin der EU, ebenso wie Deutschland und die meisten anderen OECD Staaten. Unterstützt werden sie von der machtvollen Pharmedia, die die Kontrolle über die Produktion nicht aus ihren Händen geben will. Dagegen protestierten zum Jahrestag der Pandemie am 10. und 11. März 2021, an dem zeitgleich die jüngste Verhandlungsrunde des TRIPS Councils der WTO stattfand, Gesundheitsaktivist:innen in aller Welt (siehe den Beitrag auf den Seiten 16-17).

Dass die Blockadehaltung des Pharmakartells und seiner staatlichen Unterstützer:innen gar nichts mit einer angeblichen „Enteignung“ des geistigen Eigentums zu tun hat, sondern mit der grundsätzlichen Weigerung, mögliche Konkurrent:innen an die Fleischstücke des profitablen Geschäfts mit Covid-19 zu lassen, wird an einem weiteren Vorschlag deutlich. Dieser existiert bereits seit Mai 2020, fristet aber ein Schattendasein. Mit dem „Covid-19 Technology Access Pool“, kurz CTAP, unter dem Dach WHO sollen freiwillige Lizenzen, Studien- und Zulassungsdaten sowie Know-how zur Beschleunigung des Technologietransfers gebündelt werden. So ließe sich die Knappheit an Impfstoffen schneller überwinden.

Doch auch diese Initiative – gestaltet nach dem Vorbild des bereits erfolgreichen Pools für Patente und Lizenzen auf Medikamente zur Aids-Behandlung (Medicines Patent Pool) – hat nie die Unterstützung entscheidender Länder mit Forschungskapazitäten erhalten. Im Gegenteil wurde sie von der Pharmaindustrie aktiv angefeindet. Keine einzige Lizenz ist bislang eingebracht worden. Dabei hätte mit der Bereitstellung enormer öffentlicher Mittel für Forschung und Entwicklung gegenüber den Konzernen genau das zur Bedingung gemacht werden können: die Verpflichtung zu einem „sozialverantwortlichen Lizenzierungsverfahren“, wie es längst von einigen Universitäten und öffentlichen Forschungsinstituten debattiert und umgesetzt wird.

Die „globale Solidarität“ in der Covid-19-Pandemie beschränkt sich jedoch auf die „Access to Covid-19 Tools Accelerator Initiative (ACT)“. ACT stellt der Impfstoffplattform COVAX Gelder zum Ankauf von Seren zur Verfügung. Um sicherzustellen, dass von dieser Initiative keine Gefahr für die herrschende Patentrechtsarchitektur ausgeht, wird COVAX von den öffentlich-privaten Impfallianzen GAVI und CEPI ab-



Foto: PHW South Africa

gewickelt. Konzeptionell hätte COVAX eine gemeinsame Anstrengung für reiche und arme Länder sein sollen, um schnellstmöglich für alle einen gerechten Anteil an Impfstoffen zu gewährleisten. Strategische Finanzmittel und eine entsprechende Verhandlungsmacht für niedrigere Preise und Produktionsausweitungen gegenüber den Pharmaunternehmen sollten gebündelt werden. Die WHO entwickelte einen Verteilungsplan, demzufolge allen Ländern prozentual zur jeweiligen Bevölkerungszahl schrittweise die Impfstoffe zur Verfügung gestellt würden, sobald sie produziert und zugelassen sind: zuerst für Gesundheitspersonal und besonders gefährdete Gruppen, danach für den Rest der Bevölkerung.

Tatsächlich ist ACT zu einer rein karitativen Veranstaltung geworden, bei der sich die reichen Länder mit einer „Solidaritätsfinanzierung“ für die ärmsten 92 „Empfänger-Länder“ freikaufen. Diese müssen warten, bis die Pharmaunternehmen die meisten ihrer inzwischen 56 bekannten bilateralen Verträge mit den reicheren Ländern (und einigen mit mittleren Einkommen) bedient haben. Auch bei der Registrierung der Impfstoffe bei der WHO, eine Voraussetzung für ihren Einsatz durch die COVAX Fazilität, waren die Unternehmen deutlich langsamer als bei ihren für die Geschwindigkeit gepriesenen „rolling reviews“ bei den US-amerikanischen, britischen und europäischen Zulassungsbehörden. So konnten erst Anfang März die ersten Lieferungen über den COVAX Mechanismus verteilt werden.

Und um die Sache noch schlimmer zu machen: Die dringend benötigte „Gesundheitssystem“-Komponente, die nur als nachträgliche Ergänzung in die beeindruckende ACT-Accelerator-Architektur eingeführt wurde, hat bis jetzt nur minimale Mittel erhalten. Dies wird sich als entscheidend erweisen. Denn ohne starke Gesundheitssysteme wird die Perspek-

„Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel, wir fordern Sie auf, einen Vorschlag zu unterstützen, der derzeit bei der Welthandelsorganisation (WTO) auf dem Tisch liegt: Bestimmte TRIPS-Verpflichtungen auszusetzen, um durch die Freigabe von Patenten etwa für Corona-Impfstoffe die Prävention, Behandlung und Eindämmung von Covid-19 weltweit zu sichern.“ So beginnt ein Brief von über 200 Nicht-Regierungsorganisationen und Gewerkschaften aus dem Globalen Süden, darunter das von medico mitgetragene Netzwerk People's Health Movement. Dazu gab es in verschiedenen Ländern Protestaktionen vor den Botschaften der Länder, die den Vorschlag zur Aussetzung der Patente bislang blockieren, hier vor der deutschen Botschaft in Südafrika.

tive, Milliarden von Menschen weltweit schnell zu impfen, zu einem immer fernerem Traum – ganz zu schweigen von dem erodierenden Vertrauen der Öffentlichkeit in diese Systeme.

Die Rolle der Zivilgesellschaft darf in dem Streben nach einer global gerechten Pandemiebekämpfung nicht unterschätzt werden. Aktivist:innen in Südafrika, Kenia, Indien oder Brasilien haben von ihren Regierungen eine

Die Verfügungsgewalt
der Hersteller bleibt
unangetastet und ihre Aktien
gehen durch die Decke.

Corona-Politik gefordert, die sich den gesundheitlichen und sozialen Rechten der Bürger:innen verpflichtet zeigt. Und weltweit hat sich aus den Erfahrungen der Kämpfe für den Zugang zu Aids-Medikamenten vor 20 Jahren eine neue Bewegung gebildet, die gegen dieselben Patentgesetze kämpft, die damals schon umkämpft waren.

Zurück zu Duterte und seinem „unmoralischen Angebot“: Nicht nur die philippinischen Gesundheitsaktivist:innen von „Filipino Nurses United“ wiesen auf den Skandal hin, dass ihre Regierung sie wie menschliche Waren auf dem Weltmarkt verkaufen wollte. Auch die globale Dienstleistungsgewerkschaft „Public Services International“ und die britische „Public Service Union UNISON“ waren mit klaren Worten zu vernehmen. Sie verknüpften ihre Ablehnung des Deals mit der Aufforderung an die britische Regierung, endlich den Widerstand gegen eine zeitlich befristete Aufhebung des Patentschutzes bei der WTO aufzugeben. Es fehlt an Impfstoff, das ist offenkundig. Und das kann

nur durch die Ausweitung der Produktionskapazitäten erfolgen. Das „business as usual“ muss im Interesse einer möglichst raschen und weltweiten Ausweitung der Impfstoffproduktion beendet werden. Solche klaren Worte fehlen bislang leider von den deutschen Gewerkschaften.

Die Konzerne und die reichen Staaten behaupten weiterhin, dass das Patentsystem die Versorgung mit Covid-19-Impfstoffen sichere – und nicht begrenze. Tatsächlich ist die Aufhebung oder Aussetzung des Patentschutzes die einzige Möglichkeit, diese Pandemie und weitere zu befürchtende Pandemien in den Griff zu bekommen. Die Erfahrung mit Covid-19 unterstreicht die Dringlichkeit, essenzielles Gesundheitswissen den privaten Monopolen zu entziehen und allen zugänglich zu machen. Dies trifft nicht nur auf die Impfstoffe zu. Es gilt auch für Gesundheitsdienste in privatisierten Krankenhäusern und für Finanzierungssysteme, die auf Wettbewerb statt guter Planung aufgebaut sind. Das Schlagwort von der „Rekommunalisierung“ der Gesundheit macht nicht nur in Deutschland schon die Runde.



Andreas Wulf ist Arzt und Experte für Gesundheitspolitik, zwei unerlässliche Qualifikationen für medico international.

Hintergründe und Aktionen: www.medico.de/corona-solidaritaet-in-zeiten-der-pandemie

Ein Gebot der Vernunft

Gesundheitsaktivist:innen über Patentschutz und globale Auswege aus der Pandemie

Von Julian Toewe

„Eure Regierungen und die Menschen in den reichen Staaten müssen verstehen, dass wir nur gemeinsam eine Zukunft auf diesem Planeten haben und dass niemand sicher ist, solange nicht alle sicher sind“ sagt Rene Loewenson gleich zu Beginn des Interviews. Die Epidemiologin aus Simbabwe leitet die medico-Partnerorganisation Training and Research Support Centre (TARSC), die u.a. Gesundheitsaufklärung im Kontext großer Bergbauprojekte betreibt. Neben ihr haben medico-Kollege Dieter Müller und ich Anfang März 2021 fünf weitere Mediziner:innen und Gesundheitsaktivist:innen aus dem Globalen Süden dazu interviewt, welche Auswirkungen die Covid-19-Pandemie in ihrem Land und welchen Einfluss die geistigen Eigentumsrechte auf die dortige Versorgung mit Impfstoffen und Medikamenten haben.

Hierzulande mag die Impfkampagne nur langsam vorankommen. Für die meisten Menschen in den Ländern des Südens liegt sie noch in völliger Ferne. Das ganze Drama zeigt sich gerade in Brasilien, wo in mehrere Provinzen, darunter in Sao Paulo, der Gesundheits- und Krankenhaus-Notstand ausgerufen wurde. Die Bettenauslastung liegt bei fast 100 Prozent, mit ansteigenden Infektions- und den weltweit höchsten Todesraten. Das ist der Politik Bolsonaro zuzuschreiben, aber auch der Tatsache, dass in Brasilien wie in vielen anderen Ländern des Südens in den vergangenen Jahrzehnten die nationalen Kapazitäten zur Impfstofffor-

schung und -produktion zurückgefahren wurden. Davon berichten die Ärztin und Koordinatorin des Peoples Health Movement auf den Philippinen (PHM), Delen de la Paz, und der mexikanische Arzt Gabriel García, der in indigenen Gemeinden im Bundesstaat Chiapas praktiziert. Beide Länder konnten sich bis Ende der 1990er-Jahre weitgehend selbst mit Impfstoffen versorgen und teilweise Überschüsse in Nachbarländer exportieren. Durch den Einzug des Neoliberalismus wurden die eigenen, meist öffentlichen Produktionskapazitäten privatisiert oder durch die Öffnung der eigenen Märkte für den Weltmarkt niederkonkurriert. Die heutige Abhängigkeit von Impfstoffdosen weniger Weltmarktführer aus dem Norden ist also ein relativ junger Effekt der neoliberalen Globalisierung, wie Delen de la Paz betont.

Ungleichheit als Pandemie-Treiber

Wir fragen Leslie London nach den Gründen für die desaströsen Auswirkungen der Pandemie in Südafrika. Der Professor für öffentliche Gesundheit und Aktivist beim PHM in Südafrika hebt die Rolle der sozialen Ungleichheit in der Gesellschaft und im Gesundheitssystem hervor. Insbesondere in der weitverbreiteten Arbeitslosigkeit und den informellen Arbeitsverhältnissen sieht er die Ursache für die hohen Fallzahlen. In ein Homeoffice können sich die wenigsten zurückziehen. Positiv hingegen sei, dass man sich



Delen de la Paz in ihrer Videobotschaft. Alle Videos finden sich unter www.medico.de/stimmen-gesundheit

bei der aktuellen Pandemie auf Erfahrungen aus der HIV-AIDS-Arbeit stützen kann. Dazu gehörten partizipative Gesundheitsansätze mit sogenannten Community Health Workers und der freie und kostenlose Zugang zu den benötigten Medikamenten. Der Aufbau eigener pharmazeutischer Produktionskapazitäten und die Aufhebung des Patentschutzes, nicht nur für Covid-19-Impfstoffe, seien für die Zukunft wichtige Schritte.

Antonio Martins wundert sich über den geringen Protest im Globalen Norden gegen den Umstand, dass Pharmaunternehmen zur Entwicklung von Impfstoffen öffentliche Gelder erhalten haben und sie diese Impfstoffe nun teurer an die jeweiligen Regierungen verkaufen können. Der Herausgeber des linken Online-Newsportals und medico-Partners Outras Palavras kritisiert im Interview das Konzept des geistigen Eigentums, das es inmitten einer globalen Gesundheitskrise möglich macht, Impfstoffe zu verknappen und zu Höchstpreisen anzubieten. Deshalb müsse der Kampf gegen die Pandemie auch die Stärkung von Commons, also Gemeingütern, und die Schaffung eines weltweit freien Zugangs zu Wissen, Technologie und Bildung forcieren.

Wie wird die Welt nach der Pandemie aussehen? Es brauche unbedingt eine Neugestaltung der Nord-Süd Beziehungen, sagt Rangarai Machemedze aus Simbabwe. Der Sozialwis-

senschaftler beschäftigt sich beim medico-Partner Regional Network on Equity in Health in East and Southern Africa (EQUINET) mit globaler Gesundheitspolitik und kritisiert die Macht, die den Pharmaunternehmen durch den Patentschutz innerhalb der WTO und WHO zugestanden wird. Auch wenn der Vorstoß der Regierungen Südafrikas und Indiens zur Aussetzung des Patentschutzes innerhalb der WTO politisch richtig sei, löse eine Ausnahmeregelung nicht das grundsätzliche Problem. Das sieht Machemedze darin, dass das Patentsystem die Profite von Unternehmen über das weltweite Recht auf Gesundheit stellt.

Neben der Frage nach Zugang zu Impfstoffen bewegen unsere Gesprächspartner:innen die zunehmend autoritären Tendenzen in ihren Ländern. Unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung würden systematisch Menschenrechtsverletzungen begangen. Nicht nur autoritäre Regime setzten Grundrechte außer Kraft und agierten repressiver. So erließ die philippinische Regierung unter Präsident Duterte ein neues Anti-Terror-Gesetz, das eine tödliche Jagd auf Oppositionelle ausgelöst hat, wie Delen de la Paz berichtet. Sie beharrt darauf, dass der emanzipatorische Kampf für das Recht auf Gesundheit daher immer als Kampf um ein selbstbestimmtes Leben im umfassenden Sinne verstanden werden müsse.

Spendenstichwort: Globale Gesundheit

Impfweltmeister

Kein anderes Land der Welt hat so große Teile der Bevölkerung geimpft wie Israel. Jenseits der Grünen Linie sieht es anders aus.

Von Riad Othman

Die derzeit erfolgreichste Impfkampagne weltweit läuft in Israel. Die Regierung stellt nicht weniger in Aussicht, als die Nation „zurück ins Leben“ zu führen. Mehr als 55 Prozent der 9,3 Millionen Einwohner:innen sollen laut Angaben des Gesundheitsministeriums bereits geimpft worden sein. Knapp die Hälfte der Bevölkerung hat laut Ministerium auch schon die zweite Impfdosis erhalten.

Möglich gemacht haben diesen Erfolg große Deals mit den Pharmaunternehmen Pfizer und Moderna. In Israel richtet sich die Impfkampagne an alle, wie Premierminister Netanjahu unter anderem am 2. Februar 2021 betonte. Ausgerechnet Netanjahu, der ansonsten Angst vor den nicht jüdischen Teilen der Bevölkerung schürt, insbesondere vor palästinensischen Bürger:innen Israels, die er als fünfte Kolonne verdächtigt, wandte sich in einer Rede an „Juden, Muslime, Christen, Drusen, religiöse, säkulare, alle.“ Er forderte sie nicht nur auf, sich impfen zu lassen. Er sagte ihnen auch etwas, das dem Kern seiner Politik und dem ethnonationalistischen Kurs seiner Partei eigentlich widerspricht: „Wir sind ein Volk!“

Während Israel angesichts der Impffortschritte seit dem 7. März 2021 mit der Öffnung von Bars, Restaurants, öffentlichen Veranstaltungsorten und des Wirtschaftslebens zu einem gewissen

Grad der Normalität zurückzukehren versucht, bleibt die Lage in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten schwierig. Nachdem sich die Lieferung von Impfstoffen unter dem COVAX-Programm der WHO verzögert hatte,

Unter der palästinensischen Bevölkerung gibt es nicht nur Unmut über die israelische Regierung, sondern auch über die Autonomiebehörde.

wandte sich der palästinensische Premierminister Mohammed Shtayeh mit einem Hilferuf an die internationale Gemeinschaft: „Freundlich gesonnene Länder, Unternehmen und die Weltgesundheitsorganisation“ (WHO) sollten ihren „Verpflichtungen gegenüber der palästinensischen Bevölkerung nachkommen.“ Diverse Städte im Westjordanland haben vollständige Lockdowns verhängt. In mehreren palästinensischen Krankenhäusern sollen die Intensivbetten infolge von Covid-19 vollständig ausgelastet sein.

Die israelische Regierung hat der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) zugesagt, 5.000

Dosen aus eigenen Vorräten für palästinensisches Gesundheitspersonal zur Verfügung zu stellen. So soll dieses zur Behandlung Erkrankter und zur Eindämmung der Pandemie möglichst arbeitsfähig bleiben. Von den 40.000 Dosen des Sputnik-Impfstoffs, der aus den Vereinigten Arabischen Emiraten geliefert werden sollte, ist bislang etwa die Hälfte eingetroffen. Rechnet man noch eine Sachspende Russlands hinzu, so hat die Palästinensische Autonomiebehörde insgesamt knapp 35.000 Impfdosen erhalten – für eine Bevölkerung von etwas mehr als fünf Millionen Menschen. Aus Israel kamen bisher nur 40 Prozent der 5.000 zugesagten Dosen, während Premier Netanjahu vorübergehend laut überlegte, lieber politisch verbündete Staaten wie Guatemala mit Impfstoffen zu beliefern als die Bevölkerung, die sich unfreiwillig unter israelischer Kontrolle befindet. Als sich auch in Israel dagegen Widerstand regte, wurde dieser Plan erst einmal auf Eis gelegt.

Hilflosigkeit und Nepotismus

Unter der palästinensischen Bevölkerung herrscht aber nicht nur gegenüber der israelischen Regierung Unmut. Auch die Autonomiebehörde geriet in die Kritik. Entgegen dem Versprechen, die ohnehin extrem knappen Impfstoffe für Gesundheitsarbeiter:innen und Hochrisikopatient:innen zu reservieren, wurde bekannt, dass auch Fußballspieler und Mitglieder der Führung versorgt wurden. Das spiegelt nicht nur ein fehlendes Verantwortungsbewusstsein gegenüber der eigenen Bevölkerung wider. Es spielt sich auch vor dem Hintergrund eines erneuten Versuchs durch Mahmoud Abbas ab, die Zivilgesellschaft per Präsidialdekret unter seine Kontrolle und die seiner Fatah zu bringen.

Diverse Kritiker der israelischen Politik, darunter auch die medico-Partner Palestinian Medi-

cal Relief Society und Physicians for Human Rights – Israel, haben darauf aufmerksam gemacht, dass das Virus an der Grünen Linie nicht haltmacht. Die israelische Regierung hat unterdessen damit begonnen, den Teil der palästinensischen Bevölkerung zu impfen, der als nützlich für Israel und seine illegalen Siedlungen erachtet wird: rund 120.000 Personen verfügen über eine gültige Erlaubnis, Israel oder die Siedlungen zu betreten, um dort auf dem Bau, in der Landwirtschaft oder als Reinigungskräfte und in ähnlichen Jobs zu arbeiten.

Israel ist als Besatzungsmacht dazu verpflichtet, für das Wohl der Bevölkerung unter seiner Kontrolle zu sorgen. Unter Verweis auf die Osloer Abkommen hat sich die Regierung aber für nicht zuständig erklärt. Mit Unterzeichnung der Verträge habe die PLO die Verantwortung für die eigene Bevölkerung in den Bereichen Gesundheit und Bildung übernommen. Tatsächlich ist das schwarz auf weiß nachzulesen. In denselben Dokumenten steht aber auch, dass keine Vertragspartei Fakten am Boden schaffen solle, die der Aushandlung eines Endstatusabkommens zuwiderlaufen. Die seit Jahrzehnten anhaltende und seit Oslo intensivierte Siedlungspolitik steht dem entgegen und dient nicht der israelischen Sicherheit. Es ist auch eine Illusion, Israel könne (dauerhaft) pandemische Sicherheit erlangen, ohne die palästinensische Bevölkerung unter seiner Kontrolle einzubeziehen.

Die Pandemie hat nicht nur die Trennung verstärkt, sondern auch das Gemeinsame sichtbar gemacht, nicht zuletzt in den Krankenhäusern Israels, in denen sehr viele palästinensische Mitarbeiter:innen beschäftigt sind. Ein Zeichen paradoxer Hoffnung, entlang der die medico-Partner:innen arbeiten.

Spendenstichwort: Israel/Palästina

Projekte Projektionen

Immerhin Anerkennung Community Health Workers in der Pandemiebekämpfung in Somalia

Es ist sehr einfach, Probleme zu finden. In Somalia stößt die Corona-Krise auf eine Aneinanderreihung diverser Systemschwächen, sei es die Bedrohung durch Terrormilizen, die absolut unzureichende Gesundheitsversorgung, die sich verschärfende Klimakrise oder innenpolitische Konflikte. Positives hingegen muss mühsam errungen werden. Das weiß kaum jemand besser als die medico-Partnerorganisationen NAPAD, die inmitten der vielschichtigen Krisen immer wieder an der Seite der Ärmsten aktiv ist. Angesichts rasant steigender Infektionszahlen bietet sie aktuell verstärkt Gesundheitsarbeiter:innen in den Gemeinden Trainings, Schutzausrüstung und andere Formen der Unterstützung, vor allem in Lagern der Binnenvertriebenen. „Die Community Health Workers sind die ersten Ansprechpartner:innen, sie entdecken die COVID-19-Fälle“, berichtet Francis Kage von NAPAD. Und eben auch das: „Endlich wird ihre zentrale Rolle anerkannt. Das ist ein kleiner Sieg.“



Foto: NAPAD

Mehr Möglichkeiten zur Hygiene: Eine der Maßnahmen von NAPAD zur Eindämmung der Pandemie.

Spendenstichwort: Ostafrika

Über die Krise hinaus

Indonesien: Gemeinschaftsgärten federn Corona-Notlagen ab

Es ist wie überall: Auch auf Sulawesi in Indonesien tragen irregulär Beschäftigte, Tagelöhner:innen und marginalisierte Menschen die Hauptlast der Pandemie, der Erkrankungen und der Restriktionen. Die offizielle Arbeitslosenquote erreicht Rekordhöhen, Anfang März 2021 verzeichnete das Land die höchste Zahl an Covid-19-Toten in Südostasien. Nicht erst, wenn in einem Krankenhaus in Sulawesi auf einen Schlag 35 Ärzt:innen und Pfleger:innen durch Corona-Infektionen ausfallen, ist die Notlage unübersehbar, berichtet eine medico-Partnerin des Instituts Mosintuwu. Doch was im Notfall tun, wenn die eigene Arbeit darin besteht, in direktem Kontakt zu sein, gemeinsam zu denken, zu sprechen und zu handeln? In einer ersten Notfallmaßnahme hat das Institut zusammen mit über 350 Familien Community Gardens angelegt, die in der Krise helfen sollen, die Nahrungsmittelversorgung zu sichern. Es ein Notfallplan mit Zukunft: Die Debatten über die Frage, was gemeinsamer Wohlstand in den Dörfern heißt und wie eine Rückeroberung der Allmenden gelingen kann, laufen bereits. Auch dabei kann das Institut auf jahrelange Arbeit mit den Gemeinden und gewachsenes Vertrauen setzen. Stolz erzählt Lian Gogali, dass Mosintuwu die erste und einzige Adresse für alle Infos rund um Covid-19 und der Situation vor Ort ist. Sie sind nun auch offiziell ein Notfall-Radio und so Modell für andere Community-Radios – und für die Zukunft.

Spendenstichwort: Indonesien



Gemüsegärten sichern Ernährung auch über die Pandemie hinaus.

Es geht weiter

Libanon: Praktische Solidarität in einem kollabierenden Land

Was tun, wenn der Staat und die Gesellschaft zusammenbrechen? Als im August 2020 der Hafen explodierte, weil dort chemische Stoffe völlig unkontrolliert lagerten, wurde deutlich, dass der Machtapparat, gegen den die Menschen seit 2019 auf die Straße gingen, zur Lebensgefahr werden kann. Nun stürzt das Land in die völlige Krise: Hyperinflation, massive Verarmung, eine heftige Corona-Welle, die das Gesundheitssystem völlig überfordert, dazu der Staat im Griff der Hisbollah und politische Morde (siehe Seite 36). In dieser Aussichtslosigkeit geht die Arbeit der Partnerorganisationen von medico unvermindert weiter. Ob humanitäre Gesundheitsarbeit mit syrischen Flüchtlingen mit der Amel Association, die Unterstützung des Anti Racism Movement für afrikanische und asiatische Migrant:innen in Beirut, die zu Hunderttausenden ohne Arbeit und Papiere im Land festsitzen, oder die Unterstützung von Nachbarschaftskomitees in der zerstörten Innenstadt Beiruts durch unseren Partner Public Works: Die Solidarität und Arbeit mit den von der Krise am stärksten betroffenen Gruppen im Land ist im Angesicht des drohenden Zusammenbruchs wichtiger denn je.

Spendenstichwort: Libanon

[K]ein humanitäres Problem

Das Lager- und Entrechtungssystem hat eine neue Qualität erreicht. Eine Bilanz nach fünf Jahren „EU-Türkei-Deal“

Von Maximilian Pichl

Am 20. März 2021 jährte sich zum fünften Mal das Inkrafttreten des EU-Türkei-Abkommens. Die EU und die europäischen Mitgliedstaaten verfolgten mit diesem Abkommen das Ziel, die Überfahrten Geflüchteter über die Ägäis zu unterbinden. Zur gleichen Zeit entstanden auf den griechischen Inseln Lagerkomplexe, die schnell überfüllt waren und in denen bis heute menschenunwürdige Zustände herrschen, was häufig als humanitäre Katastrophe bezeichnet wird. Folglich kam es auf den Inseln zu einer für europäische Verhältnisse beispiellosen humanitären Intervention, von internationalen Organisationen wie dem UNHCR bis zu zahllosen privaten Hilfsorganisationen. Doch Moria und die übrigen Lager auf den griechischen Inseln sind nicht das Ergebnis einer quasi von außen kommenden, unvorhergesehenen Katastrophe, sondern von einer Politik der Auslagerung, die die europäische Migrationskontrollpolitik seit nunmehr 30 Jahren kennzeichnet. Und auch nach dem Niederbrennen des alten Lagers bei Moria auf Lesbos im vergangenen Jahr besteht der „Moria-Komplex“ fort.

Unsolidarisches Aufnahmesystem

Seit 30 Jahren verfolgen die europäischen Innenministerien in der Migrationskontrollpolitik ein Ziel: Auf dem Papier soll das individuelle

Asylrecht, das unter anderem in Art. 18 der EU-Grundrechtecharta normiert ist, erhalten bleiben. Aber faktisch sollen Geflüchtete keinen Zugang zu einem vollwertigen Asylverfahren erhalten. Auch die Politik der Auslagerung reicht zurück zu den Ursprüngen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Ende der 1990er- und Anfang der 2000er-Jahre verhandelten die EU-Mitgliedstaaten über europäische Asylregeln. Konflikte entstanden rund um die sogenannte Dublin-Verordnung. In ihr ist bis heute geregelt, wo Asylsuchende in der EU ihr Asylverfahren durchlaufen müssen. Ein EU-Mitgliedstaat wird unter anderem verantwortlich für das Asylverfahren, wenn er nicht verhindert, dass eine Asylsuchende oder ein Asylsuchender illegal europäisches Territorium betritt. Schon bei der ursprünglichen Beschlussfassung über die Dublin-Verordnung kritisierten die Regierungen von Italien und Griechenland vehement dieses unsolidarische Aufnahmesystem, mussten aber letzten Endes unter dem Druck der zentraleuropäischen und in der EU dominanten Staaten den Regeln zustimmen. Die Befürworter:innen einer rigorosen Grenzabschottung aus Staaten wie Frankreich, Großbritannien und Deutschland setzten sich durch.

Die Außengrenzenstaaten versuchen seither, die Verantwortung der Flüchtlingsaufnahme,

die Zentraleuropa ihnen alleine aufbürdet, durch bilaterale Abkommen an außereuropäische Drittstaaten weiterzuschieben. Auf Griechenland hatte die Politik der Auslagerung massive Auswirkungen. Weil die Grenzabkommen im Mittelmeer, z.B. zwischen Italien und Libyen, zeitweilig funktionierten, verlagerten sich die Fluchtrouten von Geflüchteten zum Ende der 2000er-Jahre hin immer stärker nach Griechenland, einem traditionellen Auswanderungsland, das weder über ein Asylgesetz noch ein funktionsfähiges Aufnahmesystem verfügte. Geflüchtete wurden bei ihrer Ankunft zum Teil willkürlich inhaftiert und menschenunwürdigen Aufnahmebedingungen ausgesetzt.

Wöchentlich Zehntausende

Schon damals stand die Insel Lesbos im Fokus. Im dortigen Lager Pagani gab es besonders schwere Vorfälle unmenschlicher Behandlung, auch gegenüber minderjährigen Geflüchteten. Die griechische Regierung schloss das Lager Ende 2009 nach einem Hungerstreik von Geflüchteten und gestiegenem öffentlichem Druck. Auch in den folgenden Jahren war Griechenland ein Hauptankunftsland für Geflüchtete, die nach Europa flohen, ohne dass sich die Aufnahmebedingungen nennenswert verbessert hätten. Die griechische Regierung reagierte auf die Ankünfte zunehmend mit Repressionen in Form von brutalen Push-Backs, zunächst vor allem in der Evros-Region. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und später auch der Europäische Gerichtshof beurteilten im Jahr 2011 Rückführungen von Asylsuchenden nach Griechenland im Rahmen der Dubliner-Verordnung als europa- und völkerrechtswidrig.

Die Niederschlagung der Aufstände, die im Westen „Arabischer Frühling“ genannt wer-



Der nebenstehende Text enthält Auszüge aus der Studie „Der Moria-Komplex: Verantwortungslosigkeit, Unzuständigkeit und Entrechtung fünf Jahre nach dem „EU-Türkei-Deal“ und der Einführung des Hotspot-Systems“, die der Autor im Auftrag von medico durchgeführt hat. Die vollständige Studie findet sich hier: www.medico.de/moria

den, die weltweite Eskalation in Kriegs- und Krisenregionen und die Reduzierung der Mittel für die materielle Versorgung von Flüchtlingscamps in benachbarten Regionen durch die internationale Gemeinschaft sorgten ab 2014/15 für eine beispiellose Zunahme der Flüchtlingsbewegungen nach Europa. Über die Türkei flohen wöchentlich zehntausende Menschen auf die griechischen Inseln in der Ägäis.

Die griechische Regierung unter der linken Partei Syriza stellte für kurze Zeit die Push-Back-Operationen der Vorgängerregierungen ein. Auf diese Weise gelang es noch mehr Menschen, die Inseln zu erreichen und von dort nach Zentraleuropa weiter zu fliehen.

Dass auf den griechischen Inseln seit 2016 Lager zur Festsetzung und Inhaftierung von Schutzsuchenden entstanden, reiht sich ein in eine jahrzehntelange Politik der Auslagerung von Migrationskontrollen, bei der Griechenland stets als Stellvertreter für die Interessen der zentraleuropäischen Mitgliedstaaten herhalten musste. Bilaterale Abkommen, Hotspots und Abschiebehaftanstalten, wie sie auf Chios, Kos, Lesbos und Samos auf Drängen der EU installiert wurden, waren keine prinzipiell neuen Instrumente der Migrationskontrollpolitik. Und doch hat das Lager- und Entrechtungssystem des „Moria-Komplexes“ eine neue Qualität angenommen.

Aus Registrierungszentren werden Gefängnisse

Die EU und die Mitgliedstaaten reagierten auf die Flüchtlingsbewegungen von 2015 mit dem Versuch, die offensichtlich gescheiterte Politik der Auslagerung zu wiederholen. Donald Tusk, der damalige EU-Ratspräsident sagte, die „Tage der irregulären Einwanderung“ seien vorbei. Mit der Türkei als wichtigstem Transitland wurde eine Vereinbarung gefunden, die die Rückführung von Geflüchteten in die Türkei vorsah. Im Gegenzug sollten im Rahmen eines 1:1-Mechanismus ausschließlich syrische Geflüchtete in der EU aufgenommen werden. Durch den „EU-Türkei-Deal“ und den europäischen Hotspot-Ansatz verwandelten sich die griechischen Registrierungszentren auf den Inseln in Gefängnisse.

Lager, wie sie daraufhin auf den griechischen Inseln entstanden sind, existierten (und existieren) bereits in ähnlicher Form in außereuropäischen Drittstaaten wie Mauretanien oder Tunesien. Bisher war es der EU gelungen, sie vom europäischen Territorium fernzuhalten. In neo-

Nicht der „Sommer der Migration“ 2015 stellt einen Kontrollverlust dar, sondern die Politik der Auslagerung von Verantwortung.

kolonialer Ignoranz interessierte sich die europäische Öffentlichkeit kaum für die geographisch weit entfernten Lager. Der Hotspot-Ansatz war ein Versuch, vor allem der zentral-europäischen Staaten, mit dem Problem umzugehen, dass sich die Politik der Auslagerung offensichtlich als weder effektiv noch stabil erwiesen hatte. Anstatt Flüchtlinge in den Drittstaaten in Lagern zu kasernieren, sollten sie nun an den europäischen Außengrenzen aufgehalten werden. Es macht allerdings einen Unterschied, ob ein solches Lager im Globalen Süden existiert oder in Europa, das ein europäisches Flüchtlingsrecht mit entsprechenden Aufnahmestandards und Verfahrensrechten etabliert hat. Deshalb werden die Hotspots auf den griechischen Inseln von der Politik gerade nicht wie Lager auf einem europäischen Territorium behandelt, sondern wie die Lager außerhalb der EU. Würde sich die EU wirklich an den selbstgesetzten Menschenrechten orientieren, dürfte sie ein solches Lagersystem nicht aufrechterhalten oder dulden.

Eigentlich haben Flüchtlinge und Asylsuchende durch die Genfer Flüchtlingskonvention und der EU-Aufnahmerichtlinie ein ganzes Bündel

Rechte, die den Zuständen auf den Inseln und den Lagern entgegenstehen. Das Problem ist: Es ist kaum möglich, sie juristisch durchzusetzen. Damit Rechte wirksam werden können, müssen sie eingefordert werden; und dafür braucht es Ressourcen und einen Zugang zu Rechtsverfahren. Die griechischen Behörden zeigen sich aber geschickt darin, Verfahren von grundsätzlicher Bedeutung vor den Gerichten frühzeitig zu verhindern und die Umsetzung erfolgreicher Klagen zu blockieren. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat im Januar 2021 tatsächlich ein Verfahren von acht Geflüchteten aus Lagern auf vier Inseln zugelassen und Fragen an die griechische Regierung übersandt. Auch wenn dies einen juristischen Zwischenerfolg darstellt, ist es durch dieses Verfahren weiterhin nicht möglich, die EU selbst für die Zustände auf den Inseln verantwortlich zu machen – Griechenland würde einmal mehr als Stellvertreter abgestraft werden. Und selbst wenn der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte über die Zustände in den Lagern zu urteilen hätte, wäre eine Entscheidung wohl erst in drei Jahren zu erwarten. Das Urteil würde dann eine Situation betreffen, die nicht mehr existiert, Bedingungen in Lagern anprangern, die es nicht mehr gibt.

Der eigentliche Kontrollverlust

Fünf Jahre nach dem „EU-Türkei-Deal“ und der Einführung der Hotspots lässt sich konstatieren: Die Politik der Auslagerung hat auf den griechischen Inseln eine Unzuständigkeitsstruktur und eine systematische Verantwortungslosigkeit der politischen Akteur:innen hervorgebracht. Verantwortlichkeiten müssen jedoch klar benannt werden: die Verantwortung der EU, die auf den Inseln den Hotspot-Ansatz durchgesetzt hat und dort mit der Europäischen Asylbehörde und Frontex direkt aktiv ist; die Verantwortung der deutschen

Bundesregierung und anderer zentraleuropäischer Mitgliedstaaten, die den „EU-Türkei-Deal“ wesentlich vorangetrieben haben und legale Wege für Geflüchtete von den Inseln versperren; die Verantwortung der griechischen Regierung, die das Lager als Zuständige betreibt und nichts an den unmenschlichen Zuständen ändert; und schließlich die Verantwortung einiger privater Hilfsorganisationen, die durch ein fragwürdiges Engagement das Lagersystem stützen anstatt es zu kritisieren und an seiner Überwindung mitzuwirken.

Man muss letzten Endes nicht einmal eine menschenrechtsbasierte Argumentation bemühen, um festzustellen, dass das Lagersystem und der Deal nie funktioniert haben. Auch aus Sicht von Akteur:innen, die ein Interesse an Ordnung, Kontrolle und einer guten Verwaltung haben, sind der „EU-Türkei-Deal“ und die EU-Hotspots ein einziger Fehlschlag. Während quer durch alle politischen Parteien der „Sommer der Migration“ 2015 mit einem angeblichen Kontrollverlust gleichgesetzt wird, und der Satz „2015 darf sich nicht wiederholen“ zu einem zentralen politischen Mantra avancierte, stellt die Politik der Auslagerung mit ihren verheerenden Folgen auf den griechischen Inseln den eigentlichen Kontrollverlust dar. Der Narrativ, es handele sich bei den Zuständen auf Moria um eine „humanitäre Katastrophe“ verdeckt, dass der „Moria-Komplex“ Ergebnis politischer Entscheidungen und politischen Kalküls ist, und versperrt die Möglichkeit, die Rechte von Geflüchteten ins Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu stellen.



Maximilian Pichl, Rechts- und Politikwissenschaftler, arbeitet als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Goethe-Universität Frankfurt/M.

Europa weit draußen

Über die Atlantikroute und neue Formen der Kriminalisierung der Migration in Westafrika. Interview mit dem Aktivistin Mamadou Mignane Diouf

Seit Ende 2019 brechen wieder mehr Menschen an den Küsten Senegals und Mauretaniens auf Richtung Europa. Ihre Wege führen nicht über das Mittelmeer Richtung Festland, sondern hinaus aufs weite Meer Richtung kanarische Inseln. Woran liegt es, dass die Atlantikroute wieder an Bedeutung gewonnen hat?

Zu den vermehrten Aufbrüchen Richtung Kanaren hat vor allem die Schließung anderer Routen beigetragen. Die Überfahrt über das Mittelmeer wird immer gefährlicher und auch der Landweg über Agadez ist kaum noch passierbar. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben das Reisen noch einmal schwieriger gemacht. Hinzu kommt die zunehmende Verarmung der Menschen infolge der Covid-Pandemie. Viele haben ihre Einkommensmöglichkeiten verloren. Sie gehen weg, um Arbeit zu finden, um zu überleben. Es sind Gerüchte im Umlauf, dass es in Europa derzeit aufgrund der Pandemie einen großen Bedarf an Arbeitskräften gebe.

Im Senegal wie auch in vielen anderen Ländern kommt es immer häufiger zu einer Kriminalisierung von Migrant:innen. Ihr begleitet den Fall eines Vaters, der seinen 14-jährigen Sohn bei der Überfahrt auf die Kanarischen Inseln verloren hat.

Auf Druck von Spanien wurde im Senegal ein Gesetz verabschiedet, dass Reisen per se kriminalisiert. Auf Grundlage dieses Gesetzes wurde der Vater eines 14-jährigen Jungen festgenommen und angeklagt. Ihm wurde vorgeworfen, seinen

Sohn nicht von der Flucht auf die Kanarischen Inseln, bei der er gestorben ist, abgehalten zu haben. Dieser Prozess gilt als Präzedenzfall für die verschärfte Kriminalisierung von Migration in Westafrika. Wir haben uns dieses Falls angenommen und ihn juristisch begleitet. Dank der Unterstützung durch unser länderübergreifendes westafrikanisches Netzwerk ROA-PRODMAC und von medico war die Verteidigung des Vaters erfolgreich. Versicherheitlichung und Kriminalisierung werden die sozialen Fragen nicht lösen, die Menschen zur Flucht zwingen. Und ohne Reise- und Bewegungsfreiheit kann es keine Entwicklung geben.

In Deutschland sind Senegales:innen zunehmend von Abschiebung bedroht. Ist das im Senegal spürbar?

Ja, der Bedarf an Unterstützung nach der Rückkehr steigt. Wir verurteilen Massenabschiebungen, egal ob aus Deutschland oder anderen europäischen Ländern – auch Spanien schiebt momentan massiv ab – genauso wie Abschiebungen aus arabischen Ländern und innerhalb Afrikas. Wenn die Pandemiebedingungen es zulassen, werden sicher noch einmal mehr Leute abgeschoben, zum Beispiel von den Kanaren, wo viele derzeit festsitzen. Wir versuchen hier Willkommensstrukturen aufzubauen, da die Menschen nach ihrer Ankunft oftmals noch unter Schock stehen. Wir müssen gemeinsam – ihr von Europa aus und wir hier – die Rechte der Geflüchteten verteidigen.

Wie ist die Situation derzeit für euch als Teil der



In Agüimes auf Gran Canaria stapeln sich Boote, mit denen Geflüchtete die gefährliche Fahrt von Westafrika aus über den Atlantik auf sich genommen haben.

kritischen Zivilgesellschaft im Senegal und der gesamten Region?

Das senegalesische Sozialforum ist ein wichtiger Treff- und Kristallisationspunkt der kritischen senegalesischen Zivilgesellschaft. Wir setzen uns für die Sensibilisierung und Politisierung der senegalesischen Bevölkerung in Bezug auf Migrationspolitik ein. Wir informieren über die Situation von Migrant:innen auf den westafrikanischen Migrationsrouten und auch über die Zustände auf den Kanarischen Inseln. Die Corona-Pandemie hat uns genauso wie andere NGOs und kritische Bewegungsakteur:innen im Senegal hart getroffen. Viele haben Mietrückstände und überhaupt Schwierigkeiten, laufende Kosten zu zahlen. Daher sind wir sehr froh über die Unterstützung von medico. Was uns auch sehr wichtig ist, ist die transnationale Vernetzung im westafrikanischen Netzwerk ROA-PRODMAC, das medico ebenfalls unterstützt. Wir haben uns in diesem Netzwerk zusammengeschlossen, um die Freizügigkeit und die Rechte von Flüchtlingen und Migrant:innen in Westafrika gemeinsam zu verteidigen.

Interview: Sabine Eckart und Ramona Lenz



Mamadou Mignane Diouf ist Koordinator des von medico unterstützten senegalesischen Sozialforums und aktives Mitglied des transnationalen Netzwerks ROA-PRODMAC zur Verteidigung der Freizügigkeit in Westafrika.

Diejenigen, die die Überfahrt auf die kanarischen Inseln überleben, landen dort in Lagern, die stark an Moria auf Lesbos oder Vathy auf Samos erinnern. Auf Lesbos arbeitet medico mit der Organisation Stand by me Lesbos zusammen, die die Selbstorganisation von Geflüchteten im Lager Moria bzw. Moria 2 unterstützt. In West- und Nordafrika unterstützt medico schon lange Organisationen, die sich für Freizügigkeit und die Rechte von Flüchtlingen und Migrant:innen einsetzen. In Ländern wie Mali, Mauretanien, Niger oder Senegal heißt das häufig auch, Menschen nach einer erzwungenen Rückkehr oder im blockierten Transit beizustehen.

Spendenstichwort: Flucht und Migration

Zwei Engel Geschichte

Syrien ist zur Heimat der
und der Hoffnungslosigkeit



Das syrische Regime betreibt eine Politik des Gefängnisses. Frauen im palästinensischen Flüchtlingsviertel Jarmuk im Süden von Damaskus.



der

Obdachlosigkeit
geworden

Ein Versuch, das Gefängnissystem und den politischen Mord in Syrien in neue Worte zu fassen. Von Yassin al-Haj Saleh

Nachstehender Text ist die überarbeitete und gekürzte Version eines Vortrags, den Yassin al-Haj Saleh am 10. November 2020 auf einer Veranstaltung der Universität Köln und des Mena Prison Forum gehalten hat. Der Autor widmet den Text Lokman Slim, der das Mena Prison Forum zusammen mit Monika Borgmann gegründet hat und Anfang Februar 2021 im Libanon ermordet wurde.

Vermutlich wurde ich eingeladen, einen Vortrag über das Gefängnis und politische Gewalt zu halten, weil man mich diesbezüglich für eine „Autorität“ hält. Vielleicht glaubt man auch, es sei für mich ganz einfach, darüber zu sprechen. Das ist es nicht. Das war es nie. Tatsächlich ist es jetzt, nach einem niederschmetternden vergangenen Jahrzehnt, noch schwerer geworden. Und meine persönliche Erfahrung ist bereits prähistorisch. Um den Fortgang der Geschichte zu verstehen, bedarf es eines neuen Denkens, einer neuen Sprache, einer neuen Sensibilität. Das ist keine leichte Aufgabe, aber den Versuch ist es wert. Zumal uns das Leben in der Diaspora einen neuen Ansatz eröffnet, wenn wir unsere traumatisierenden Erfahrungen, alte und neue, in einen breiteren Kontext ähnlicher Erfahrungen einfügen. Die grundlegende Schwäche unserer syrischen „Gefängnisliteratur“ besteht nämlich darin, dass sie in Syrien eingesperrt bleibt. Sie verbindet sich nicht mit anderen Literaturen. Es scheint, dass Traumata, ob individuell oder kollektiv, die Menschen an ihre eigene Geschichte binden, von der sie (fälschlicherweise) glauben, sie sei einzigartig. Hätte das Trau-

ma eine Zunge, würde es seine Einzigartigkeit verkünden und beanspruchen, ein absoluter Anfang zu sein. Dem muss man widersprechen. Ich möchte deshalb Elemente eines breiteren Zusammenhangs aufzeigen, mit dem Ziel, die syrischen Verhältnisse zu „entprovinzialisieren“ – in einer Welt, die mehr und mehr zu einer syrisierten zu werden scheint.

Die Assad-Familie regiert Syrien seit einem halben Jahrhundert, also bereits länger als die DDR oder die Apartheid in Südafrika bestanden. In diesen fünf Jahrzehnten hat Syrien, abgesehen vom Krieg mit Israel 1973, zwei interne Kriege erlebt: den ersten syrischen Krieg (SWI) von 1979 bis 1982 und den zweiten syrischen Krieg (SWII), der nun schon fast zehn Jahre andauert. Infolge des ersten syrischen Krieges verbrachten Zehntausende Syrer:innen viele Jahre im Gefängnis. Ich war einer von ihnen. Wie viele Menschen im gegenwärtigen Krieg hinter Gefängnismauern umgekommen sind? In einem Bericht, der im August 2020 veröffentlicht wurde, schätzt das Syrische Netzwerk für Menschenrechte die Zahl der gewaltsam verschwundenen Personen auf fast 100.000. Ich fürchte, dass viele nicht mehr am Leben sind. Und ich glaube, dass wir nicht das ganze Ausmaß kennen.

Indem Syrien zu einem russisch-iranischen Protektorat geworden ist, ist die dynastische Herrschaft der Assads vorerst gesichert. Nach all dem Blutvergießen scheint die Tötungsmaschine des Regimes seine Lebensdauer um mindestens eine weitere Generation zu verlängern.

Aber was hat eigentlich zu dieser chronischen nationalen Krise in der ältesten arabischen Republik geführt? Ich würde sagen: Die „Politik des Gefängnisses“ hat wesentlich dazu beigetragen. Ich meine eine Politik, in der das Gefängnis als grundlegende politische Institution die Bevölkerung weit mehr als entpolitisieren soll; sie soll sie politisch töten.

Der Begriff des „Politizids“ wurde in den 1980er-Jahren in der Politikwissenschaft eingeführt, um jene Gewalt zu fassen, die Menschen wegen ihrer politischen Zugehörigkeit massenhaft umbringt; Massenmorde also, die – anders als in der Völkermordkonvention der UN veran-

Hätte das Trauma eine Zunge, würde es seine Einzigartigkeit verkünden und beanspruchen, ein absoluter Anfang zu sein. Dem muss man widersprechen.

kert – nichts mit nationalen, ethnischen oder religiösen Zugehörigkeiten zu tun haben. Hinzu kommt: Wenn ich von Politizid spreche, meine ich damit auch Formen des Tötens, bei denen Menschen nicht unbedingt physisch sterben. In den 1980er-Jahren gab es in Syrien beide Formen des Politizids: Während die Linken vorwiegend individuell verfolgt wurden, sollte die islamistische Gemeinschaft als ganze ausgelöscht werden. Zuletzt aber waren alle Syrer:innen einem Politizid ausgesetzt. Es gab kaum jemand, der oder die nicht in irgendeiner Form mit dem Sicherheitsapparat des Regimes in Berührung kam, sei es, indem man in eine der weit ver-

zweigten Behörden vorgeladen wurde, an der Universität einen „Sicherheitscheck“ durchlief oder sich um einen Job oder einen Pass bewarb. Die berühmt-berüchtigte „Mauer der Angst“ ist eine verinnerlichte Angst, die zu einem tiefen Graben geworden ist. Er trennt Menschen voneinander und durchschneidet Familien.

Folter, Vergewaltigung, Massaker und Verschwindenlassen, stets in voller Straffreiheit für die Täter, sind Praktiken des Politizids. Das Gefängnis ist nur ein Teil dieses allumfassenden Komplexes. Eines haben die verschiedenen Schauplätze der syrischen Geographie des Terrors gemeinsam: Man hat nicht den Funken einer Ahnung über sein eigenes Schicksal. Es kann sein, dass man nie vor Gericht gestellt wird; oder es geschieht erst nach vielen langen Jahren der Haft; wird eine Strafe verhängt, kann man sich nicht darauf verlassen, dass man nach Ablauf der Haftzeit entlassen wird. Das Gefängnis in Assads Syrien ist nie eine juristische Institution gewesen. Es war immer eine politische Institution, und Unberechenbarkeit war immer ein Teil der Politik.

Im syrischen Kontext muss man zwischen „äußeren“ und „inneren“ Gefängnissen unterscheiden. Erstere meinen solche, in denen die Angehörigen den Aufenthaltsort der Insass:innen kennen und sie vielleicht sogar besuchen können. Insass:innen von „inneren Gefängnissen“ hingegen sind von der Außenwelt völlig abgeschnitten. Ihre Familien kennen weder ihren Aufenthaltsort noch wissen sie, ob sie tot oder lebendig sind. In diesen Gefängnissen wird wahllos gefoltert. Es sind keine Haftanstalten, es sind Folter- und Vernichtungslager.

In den Jahren von Hafiz al-Assad war Tadmor Inbegriff des „inneren Gefängnisses“, in der Ära seines Sohnes Baschar ist es Saydnaya. Und auch bisherige äußere Gefängnisse wie Muslimiyah und Adra wurden nach dem Aufstand

2011 in Schlachtfelder verwandelt. In dieser Zeit ist das System der inneren Gefängnisse zur Norm geworden. Es ist keine unglückliche Erfahrung, die nur manche machen. Das Gefängnis ist die Regel und stellt das allgemeine Gesetz dar. Die Metapher eines Landes als riesiges Gefängnis – als Großgefängnis – bedeutet, dass niemand in Syrien außerhalb des Gefängnis-Systems lebt, nicht einmal die Regimetreuen. Sie bedeutet, dass Gefangene nie wirklich freigelassen werden; Freilassung meint lediglich den Übergang von einer kleinen Zelle in eine größere. So gibt das Regime jede Freilassung als Ergebnis einer „Präsidentenamnestie“ aus: Man verlässt ein Gefängnis nicht, weil man das Recht dazu hat, sondern weil der barmherzige väterliche Präsident hat Gnade walten lassen. Eine Freilassung ist demnach auch kein Erfolg im Kampf für ein Syrien ohne politische Gefangenschaft. All das ist in Syrien nicht neu. Nach 2011 aber hat der Komplex aus Inhaftierung, Folter, Vergewaltigung, Massakern und Verschwindenlassen eine noch brutalere Form angenommen. Er hat sich in das verwandelt, was Jules Etjim eine Thanatokratie nennt: die Herrschaft durch die Produktion des gewaltsamen Todes der Beherrschten.

Die Vorstellung einer Gesellschaft als Gefängnis und der lebenslangen Gefangenschaft sollte man im Kopf haben, wenn man den gewaltigen Exodus aus Syrien seit 2013 verstehen will. Dieser Exodus setzte ein, nachdem das durch den Aufstand geöffnete Fenster der Hoffnung mit Macht wieder geschlossen worden war. Etwa 30 Prozent der Bevölkerung sind aus dem Land geflohen, und viele weitere würden gehen, wenn sie könnten. Syrien ist zur Heimat von Obdachlosigkeit und Hoffnungslosigkeit geworden, ohne auch nur die geringste Aussicht auf Gerechtigkeit. Ein halbes Jahrhundert ohne Veränderung, eine Ewigkeit. Das Regime raubt der Bevölkerung die Fähigkeit, eine Zukunft zu entwerfen und zu gestalten. Es maßt sich die Rolle

einer unergründlichen Gottheit an. Die terroristische Wirkung, nicht zu wissen, was mit einem geschehen wird; die absolute Unvorhersehbarkeit; das war schon immer eine sehr mächtige Methode des politischen Massenmordes. Sie hat eine zerstörerische Wirkung auf Familien und gesellschaftliche Bindungen. Man kann nicht anders als zu verzweifeln.

Der Begriff des Politizids macht uns auf etwas aufmerksam: Die syrische Erfahrung des letzten halben Jahrhunderts lässt sich nicht in Kategorien von Unterdrückung oder Diktatur oder der poststalinistischen Form des sowjetischen Totalitarismus fassen. Sie gehört eher in die

Das Gefängnis ist keine unglückliche Erfahrung, die nur manche machen. Es ist die Regel und stellt das allgemeine Gesetz dar, unter dem die gesamte Bevölkerung lebt.

exterminatorische Kategorie, jene von Nazi-Deutschland und der stalinistischen Sowjetunion. Ich sage das, weil wir vor dem syrischen Aufstand dazu neigten, Syrien als ein lediglich halbtotitäres Regime zu betrachten, etwa wie die DDR. Und noch immer, mehrere Jahre nach dem Aufstand, haben wir weder Sprache noch Literatur entwickelt, um Syrien in den Kontext genozidaler und exterminatorischer Staaten zu stellen.

Zurück zu den syrischen Zeitverhältnissen. Man könnte fast meinen, nichts habe sich geändert. Tatsächlich aber beruht dieser Eindruck von

Ewigkeit („abad“) auf einer Dynamik der Verewigung („ta'beed“). Diese Politik ist einer der großen Unterschiede zwischen exterminatorischen und „lediglich“ unterdrückerischen Regimen. Im Arabischen gibt es eine etymologische Verbindung zwischen „abad“ [Ewigkeit] und „ibada“ [Auslöschung]. Das passt zu der These, dass es unmöglich ist, für immer an der Macht zu bleiben – es sei denn, man droht permanent mit einem Massaker, größer noch als das letzte; als befinde man sich in einem Prozess, der unaufhaltsam zu noch größeren Verheerungen führt. Abad und das Großgefängnis: Hierüber hat die Thanatokratie des Assad-Regimes bislang unvorstellbare Wege geschaffen, die Bevölkerung politisch umzubringen. Andere Regimes im Nahen Osten haben sich das zu eigen gemacht. Der junge ägyptische Schriftsteller und Ex-Häftling Ahmed Naji hat sein Land kürzlich als Großgefängnis beschrieben. Die Strukturen des politisch Imaginären sind in der arabischen Welt tendenziell identisch.

In den vergangenen 50 Jahren haben die Syrer:innen in einer besonderen Art von Gegenwart gelebt, einer Gegenwart, in der man sich keine Zukunft ausmalen kann und jede Aussicht auf Veränderung verwehrt bleibt – und in der man gleichzeitig nicht vergeben kann, weil die begangenen Verbrechen nicht einmal als strafbar gelten. Es ist, als ob man von zwei Engeln der Geschichte (Walter Benjamin) belagert wird: Einer verhindert, dass die Vergangenheit vergeht, ein anderer, dass die Zukunft kommt. Dies ist die Struktur der Zeit in jenen absoluten Gefängnissen, in denen sich der Raum der Welt verschließt und die Zeit erdrückend schwer auf den Insass:innen lastet. In den letzten zehn Jahren hat sich Syrien weit mehr verändert, als wir es wollten und auch als das Regime es je wollte. Unheimlicher noch ist jedoch die schleichende Kontinuität der Vernichtungsmaschinerie und die Tatsache, dass wir weder uns selbst noch irgendwem sonst versprechen können,

dass das Leid, das wir erlitten haben, das Schlimmste ist, das wir erleiden werden. Wir können nicht sagen, dass das Schlimmste hinter uns liegt. „Nie wieder“ – in Syrien ist die Zeit, dies sagen zu können, noch nicht gekommen.

Übersetzung: Christian Sälzer



Yassin al-Haj Saleh ist ein syrischer Schriftsteller, ehemaliger politischer Gefangener und Mitbegründer der kritischen Online-Zeitung „Al-Jumhuriya“. 2017 ist sein Buch „The Impossible Revolution: Making Sense of the Syrian Tragedy“ erschienen. Er ist @yassinhs auf Twitter.

medico international unterstützt das MENA Prison Forum seit seiner Gründung. Die Mena-Region umfasst den Mittleren Osten und Nordafrika, in der das Forum die regionale Gefängnisstruktur als Institution der Repression untersucht. Diese institutionelle Repressions- und Tötungsmaschinerien sind zugleich nicht nur regional zu betrachten, auch deshalb, weil europäische Länder in der „Flüchtlingsabwehr“ und die USA im Zusammenhang mit dem „Krieg gegen den Terror“ bis heute genau auf sie zurückgreifen. Das MENA Prison Forum hat eine eigene Website, sammelt Zeugnisse von Überlebenden, vernetzt sich regional und mit der Diaspora. Die Initiative für das MENA Prison Forum ging von UMAM, dem Zentrum für Dokumentation und Erinnerung im Libanon, aus.

Spendenstichwort: Libanon

Ein Mord und seine Folgen

Libanon. Monika Borgmann kämpft um die Aufklärung des Verbrechens an ihrem Mann und Kollegen Lokman Slim. Ein Interview

Foto: Privat



Monika Borgmann und Lokman Slim.

Dein Mann, Lokman Slim, wurde am 3. Februar ermordet. Es war ein Mord an einem Autor, Filmmacher, politischen Aktivist, der sich gegen den Autoritarismus der Hisbollah genauso zur Wehr gesetzt hat wie gegen die Straflosigkeit, die dem Ende des Bürgerkrieges folgte und bis heute andauert. Wie hast du diese ersten Wochen nach seinem Tod überstanden?

Monika Borgmann: Ich bin überhaupt nicht zur Besinnung gekommen. Ich spüre eine Traurigkeit, die ich nicht beschreiben kann. Ich bin aber auch unendlich wütend. Diese Wut lässt mich weitermachen. Lokman und ich sind uns vor 20 Jahren zum ersten Mal begegnet. Wir waren ein Paar, aber wir haben auch alles zusam-

men gemacht. Wir haben uns gut ergänzt. Das war das Schöne an unserer Beziehung und das macht es jetzt so schwierig. Niemand kann Lokman ersetzen. Gleichzeitig muss die Arbeit von UMAM weitergehen. Ich habe sehr große Unterstützung und hoffe, dass ich einen Weg finde, um unsere Arbeit fortzuführen. Sonst hätten die Mörder gewonnen. Lokman und ich haben seit 20 Jahren für ein Ende der Kultur der Straflosigkeit gekämpft. Heute befinde ich mich in der tragischen Situation, dass ich diesen Kampf alleine weiter führe. Und jetzt auch noch für die Aufklärung der Ermordung von Lokman Sorge tragen muss.

Wie waren die Reaktionen auf den Mord im Libanon?

Es gab sehr wenige offizielle Reaktionen. Trotzdem ist die Erschütterung über den Mord immens, nicht nur hier. Manche befürchten, dass es der Auftakt für eine neue Mordserie vor allem im Hisbollah-kritischen schiitischen Milieu werden könnte. Unter den Künstlern und Aktivistinnen herrscht eine unfassbare Wut. Mit dem Mord wurde eine rote Linie überschritten. Ich glaube nicht, dass die libanesische Justiz willens und in der Lage ist, den Mord aufzuklären. Deshalb habe ich mich an die internationale Gemeinschaft gewandt, die nach der Ermordung von Lokman für eine unabhängige Untersuchung plädiert hat. Die Botschafter, die auf der

Erinnerungsfeier an Lokman waren, haben sich in ihren Reden dafür ausgesprochen. Ich nehme sie beim Wort. Auch nach der verheerenden Explosion im Hafen hatte Frankreichs Präsident rückhaltlose Aufklärung versprochen. Tatsächlich ist nicht auszuschließen, dass die Ermordung von Lokman im Zusammenhang mit der Explosion steht. Denn bereits einen Tag danach wies Lokman im Fernsehen darauf hin, dass sich in den Fassbomben in Syrien auch Ammoniumnitrat befinde. Zu der Explosion am Hafen gab er immer wieder Interviews. Im Laufe der Zeit kamen immer mehr Details ans Tageslicht. Im Januar dieses Jahres hatte Lokman in einem Interview aus diesen Puzzlestücken als erster ein einleuchtendes Gesamtbild zusammengesetzt: Er stellte einen Zusammenhang zwischen dem Ammoniumnitrat im Hafen mit dem Giftgasanschlag 2013 im syrischen Ghouta her. Damals sollen die Russen einen Deal ausgehandelt haben, um alles Giftgas aus Syrien abzutransportieren. Wohin? Zudem verwies er darauf, dass die Fassbomben des syrischen Regimes ebenfalls Ammoniumnitrat enthalten. Er stellte die Frage nach dem Verbleib des nicht-explodierten Ammoniumnitrats. Vier Fünftel der Vorräte sind nicht explodiert. Gott sei Dank, sonst gäbe es Beirut nicht mehr. Wo ist es? Im Zusammenhang mit der Explosion des Hafens gab es noch zwei weitere Morde. Der mit der Sache betraute Untersuchungsrichter wurde entlassen, weil er zur Aufklärung der Vorfälle auch Politiker einladen wollte. Das ist der absurde Stand im Libanon.

Gerade erinnern wir uns an zehn Jahre syrische Revolution, deren tragisches Ende auch mit dem Versagen der internationalen Gemeinschaft zu tun hat. Siehst du eine Möglichkeit, dass die Geberländer des Libanons wenigstens jetzt auf der Aufklärung dieser Geschehnisse beharren?

Es ist extrem schwierig, für den Libanon eine Lösung zu finden, ohne eine für Syrien und den

Irak zu entwickeln. Das hat auch Lokman immer vertreten. Was wir brauchen, ist ein Marschallplan für die ganze Region. Hisbollah kämpft seit Jahren in Syrien und ist dort in Verbrechen verwickelt. Im Irak werden hochrangige Journalisten und Aktivisten einfach ermordet. 2013 hat das Assad-Regime mit dem Giftgasanschlag die rote Linie überschritten. Dass damals nicht eingegriffen wurde, war der große Fehler. Ich hoffe schlicht, dass die Biden-Administration diese Fehler nicht wiederholt.

Die Regierung in Deutschland fürchtet, dass sich die Flüchtlinge aus dem Libanon auf den Weg machen werden. Wird sie deshalb davon absehen, Druck auszuüben?

Daran sieht man doch nur, dass die Idee der Stabilisierung solcher Regime wie im Libanon zur „Fluchtabwehr“ auf ganzer Linie gescheitert ist. Ein Umdenken auch in der deutschen Politik ist unvermeidlich. Sie muss ihre Mittel nutzen, um den Libanon unter Druck zu setzen.

Wie siehst du deine eigene Sicherheitssituation gerade?

Darüber denke ich im Moment nicht nach.

Das Interview führte Katja Maurer.

medico arbeitet seit 2005 immer wieder mit UMAM und Monika Borgmann sowie Lokman Slim zusammen. 2019 zeigte medico den Film „Tadmor. Ein syrisches Gefängnis“, den letzten gemeinsamen Film von Slim und Borgmann. Neben der Projektarbeit wie im MENA Prison Forum verband und verbindet ein langanhaltender Austausch. Nach dem Mord an Lokman Slim am 3. Februar 2021 hat medico einen ausführlichen Nachruf veröffentlicht: www.medico.de/lokman-slim

Stoische Hoffnung

Nordostsyrien: Aufbauarbeit trotz existentieller Bedrohung

Von Anita Starosta

Von vielen Seiten her wird die Region der autonomen Selbstverwaltung Nordostsyriens (kurdisch: Rojava) bedrängt. Aus den besetzten Gebieten nahe der nordsyrisch-türkischen Grenze werden vermehrt Raketen auf Kleinstädte wie Ain Issa oder Tel Tamer abgefeuert. In Kurdistan-Irak verbündet sich Präsident Barzani mit Erdogan, während von Ankara aus der türkische Außenminister mit einem erneuten Angriff droht und ein landesweites Verbot der prokurdischen Linkspartei HDP befürchtet wird. Für die medico-Partner:innen vom Kurdischen Roten Halbmond in Rojava ist all das bedrohlich, aber auch nichts Neues. Die allmonatlichen Nachfragen von medico beantworten sie in einer Art trauriger Gelassenheit. Ja, soweit alles okay. Sie seien für den Ernstfall vorbereitet, könnten mit mobilen medizinischen Teams jederzeit in Kriegsgebiete fahren, Menschen vor Bombardierungen retten oder neue Flüchtlingslager aufbauen.

Seit der letzten türkischen Offensive im Oktober 2019 ist der Landstrich zwischen Tall Abyad und Serêkaniyê, der einen Keil zwischen der Hauptstadt Kobane und Qamişlo schlägt, von islamistischen Söldnertruppen besetzt. Ähnlich wie Afrin steht das Gebiet unter ziviler und militärischer Verwaltung der Türkei. Man zahlt mit türkischer Lira, an den Schulen wird Türkisch unterrichtet. In beiden Gebieten wurden Flüchtlinge und Familien islamistischer Milizen gezielt angesiedelt. All das soll eine Rück-

kehr der Vertriebenen, vorwiegend kurdische Bevölkerung auch langfristig verhindern. Zugleich leben Zehntausende aus diesen besetzten Regionen Vertriebene in Rojava in provisorischen Flüchtlingslagern. Nennenswerten internationalen Protest gegen den mit Gewalt vorangetriebenen Bevölkerungsaustausch hat Erdogan nicht zu befürchten. Anlässlich des zehnten Jahrestages des Aufstandes in Syrien hat das Europäische Parlament immerhin eine Resolution veröffentlicht, in der sie diese Politik Ankaras als völkerrechtswidrig erklärt. Doch das hat keine politischen Konsequenzen.

Krieg, Terror, Corona-Welle

Die Selbstverwaltung ist auch von anderer Seite bedroht. Der Ausgang der Verhandlungen mit dem Assad-Regime über den Autonomiestatus bleibt ungewiss. Daran erinnern russische Panzer, die weiterhin im Nordosten Patrouille fahren. Hoffnung wird von kurdischer Seite in den neuen US-Präsidenten gesetzt, dass die Biden-Administration weitere Okkupationsversuche durch die Türkei nicht hinnehmen wird.

So trägt die kurdische Region weiterhin nahezu alleine die Bürde des Umgangs mit Tausenden (ausländischen) inhaftierten IS-Kämpfern sowie ihren Frauen und Kindern in den Flüchtlingslagern. Zwar ist es gelungen, Tribunale für syrische IS-Täter und Wiedereingliederungs-



Mit den Kriegsfolgen umgehen: In der Prothesenwerkstatt und dem Gesundheitszentrum des Kurdischen Roten Halbmonds.

versuche auf die Beine zu stellen. Wie aber mit der großen Zahl an Menschen, wie mit Anführern und internationalen Straftätern umzugehen ist – dafür gibt noch keine Lösung.

Unterdessen nimmt die Radikalisierung weiter zu: In dem berühmten Camp al Hol kommt es inzwischen zu regelmäßigen Morden von IS-Frauen an mutmaßlichen Abweichlerinnen, es häufen sich Anschläge durch IS-Schläferzellen auf kurdische und arabische Politiker:innen sowie Stammesführer, auch wird von Angriffen auf die christliche Gemeinde in Qamişlo berichtet. Terror und Gewalt zielen darauf, Misstrauen zu säen. Der kurdischen Selbstverwaltung soll es so schwer wie möglich gemacht werden, Unterstützung für ein friedliches Miteinander zu finden.

Inmitten und ungeachtet dieser vielschichtigen Notlagen und Herausforderungen setzen medico-Partnerorganisationen die Arbeit fort. So steht in Qamişlo inzwischen der Rohbau einer – auch mit medico-Unterstützung – errichteten Prothesenwerkstatt. In Rojava sind, so

die Schätzungen des Kurdischen Roten Halbmonds, in Folge der Kriege der letzten Jahre rund 5.000 Menschen auf eine Prothese angewiesen. Anti-Personen-Minen, Spreng- und Brandfallen bleiben allgegenwärtig, insbesondere der IS hat Tausende hinterlassen. In dem neuen Prothesen- und Gesundheitszentrum sollen Versehrte auch Physiotherapie und psychosoziale Betreuung erhalten.

Die neue medico-Partnerorganisation Rights Defense Initiative (RDI), bestehend aus Jurist:innen und Menschenrechtsaktivist:innen, organisiert die Beweisaufnahme und Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen durch islamistische Milizen in den völkerrechtswidrig von der Türkei besetzten Gebieten. Die Verbrechen sollen auf internationaler Ebene verfolgt, Entschädigung der Opfer erstritten werden. Es ist ein langwieriges Unterfangen, ohne das aber eine demokratische Zukunft in der Region nicht denkbar ist.

Spendenstichwort: Rojava

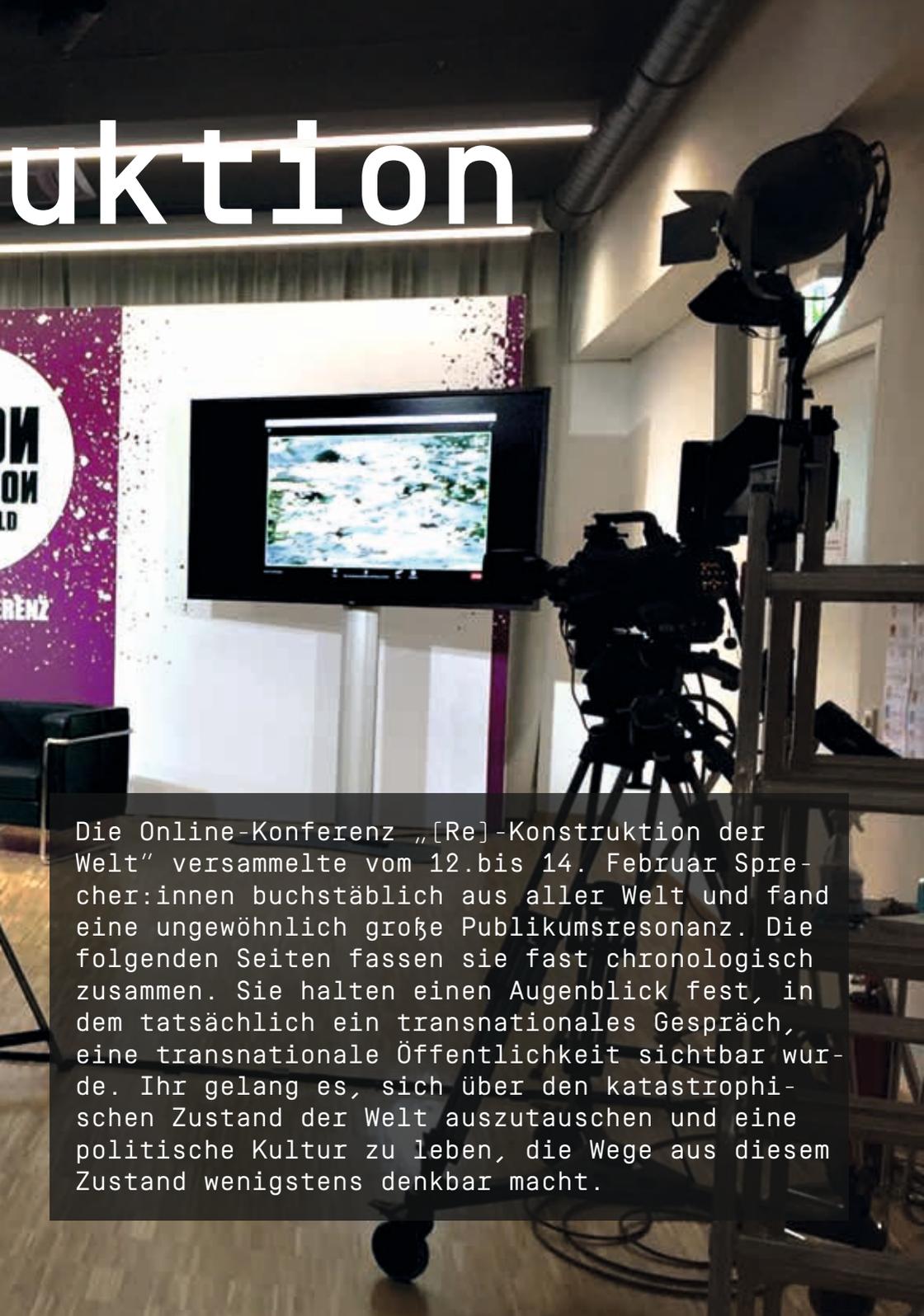
[Re]-Konstr



Foto: medico

Auch eine digitale Konferenz braucht eine Basis im echten Raum: Großer technischer Aufwand machte die Schaltung zwischen Referent:innen aus aller Welt, der Bühne und den Dolmetscher:innen im medico-Haus und den Zuschauern am Livestream möglich.

uktion



Die Online-Konferenz „[Re]-Konstruktion der Welt“ versammelte vom 12. bis 14. Februar Sprecher:innen buchstäblich aus aller Welt und fand eine ungewöhnlich große Publikumsresonanz. Die folgenden Seiten fassen sie fast chronologisch zusammen. Sie halten einen Augenblick fest, in dem tatsächlich ein transnationales Gespräch, eine transnationale Öffentlichkeit sichtbar wurde. Ihr gelang es, sich über den katastrophischen Zustand der Welt auszutauschen und eine politische Kultur zu leben, die Wege aus diesem Zustand wenigstens denkbar macht.

Die Konferenz „[Re]-Konstruktion der Welt“ traf den Nerv der Zeit. Bis zu 8.000 Teilnehmer:innen übertrafen die Erwartungen der Organisator:innen.

Von Katja Maurer und Thomas Rudhof-Seibert

Dass ein Nachdenken und eine transnationale Diskussion über eine [Re]-Konstruktion der Welt ebenso vermessen wie nötig ist, liegt auf der Hand. Wer den Versuch unternimmt, schwankt zwischen dem Glauben an die Möglichkeit und dem Zurückschrecken vor der Hybris. Dabei war das geklammerte Re- ein Zeichen der Vorsicht und zugleich eine Hervorhebung: Sich über die Konstruktion der Welt zu verständigen, kann nur im Zeichen einer möglichen anderen Welt und in der Suche nach den Pfaden geschehen, über die wir in sie gelangen werden. In diesem Sinne war unsere Konferenz, die wir mit Unterstützung vieler Partner:innen, darunter der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, organisiert haben, ein Ding der Unmöglichkeit, also genau das, was zu tun an der Zeit war. Mit offenem Ausgang, was die technischen und inhaltlichen Möglichkeiten anbelangt.

Der Erfolg misst sich im Nachhinein an vielen Parametern. An den Klickzahlen und an den im Maschinenraum ständig aktualisierten Graphen der Verweildauer der Teilnehmer:innen. Die Zahlen sprechen für sich: nie waren unter Tausend Leute an Bord, mit einer Spitze, an der es über 8.000 waren: genau so viele, wie sich zuvor registriert hatten. Die Konferenz traf also offenbar den Nerv der Zeit. Und das während einer globalen Pandemie, die zwar alle bedroht, aber alle ganz verschieden, je nach

geographischer, vor allem aber nach sozialer Herkunft. Indem wir den Weltzustand zur Diskussion stellten, machten wir nicht nur die Angst, sondern auch ihre Ursachen zum Thema. Modernste Kommunikationstechnologien ermöglichten die weltumspannende Verschaltung einer Wissensproduktion, die nicht mehr dem majestätischen Modell des Baums der Erkenntnis, sondern dem eines in alle Richtungen verzweigten Wurzelgeflechts glich. Die Zusammenfassung der Konferenz wird damit allerdings nicht einfacher. Im Folgenden reißen wir deshalb nur Momente eines globalen Gesprächs anreißen, das gerade erst begonnen hat. Wer tiefer schürfen will, kann weiterhin online gehen: alle Veranstaltungen bleiben im Netz und es wird – wie auch immer – eine schriftliche Dokumentation geben.

Hilfe als Zeug:innenschaft

Warum richtet eine Hilfsorganisation eine Konferenz aus, die man eigentlich eher an einer Universität verorten würde? Aus zwei Gründen. Einmal, um den Ausweg aus dem Fliegenglas zu finden, in das sie geraten ist. Und dann, um ihrer vornehmsten Aufgabe zu genügen: dem Ablegen ihres Zeugnisses vom Zustand der Welt. Nach Lage der Dinge ist dafür tatsächlich kaum jemand oder etwas so geeignet wie eine Hilfsorganisation, die politisch sein will und

deshalb letztlich auf ihre eigene Aufhebung hinwirkt. Für medico war dies bereits die dritte große und dieses Mal auf neue Weise weltweit angelegte Konferenz, die sich kritisch mit dem Thema Hilfe befasst. Die erste, 2003 veranstaltet, nach dem Krieg der USA gegen den Irak,

trug den Titel „Macht und Ohnmacht der Hilfe“. Dabei ist's, genau besehen, auch geblieben. Deshalb wird es eine vierte erst dann geben, wenn dort von dem gesprochen werden kann, was bisher nicht zureichend getan wurde. Dazu wird auch medico sich ändern müssen.

1. DIE HILFE

Haiti und Moria: Die Hilfe am Scheideweg

Mit paradigmatischen Beispielen für die Macht wie die Ohnmacht der Hilfe setzten sich die beiden Auftaktforen auseinander: Haiti und Moria. So sprach der US-amerikanische Anthropologe Mark Schuller, der sich seit vielen Jahren mit der Situation in Haiti beschäftigt, von der internationalen Hilfe nach dem Erdbeben als einer „humanitären Besetzung“ und bezeichnete sie als ein „zweites Erdbeben“. Das erste fand 2010 statt und forderte 300.000 Menschenleben. Die Opfer des zweiten sind noch nicht gezählt. Doch nennt der haitianische Dichter James Noel die Tausenden Hilfsorganisationen, die danach auf der Insel landeten, eine „Schar von Aasfressern“. Wie die Länder, die sie finanzieren, haben sich auch die Hilfsorganisationen mit den erbärmlichen und beschämenden Verhältnissen sowie mit dem Präsidenten Jovenel Moïse arrangiert, der sich mit Unterstützung des Westens gerade zu ihrem Diktator aufschwingt. Der kamerunische Philosoph Achille Mbembe wird solche No-Go-Zonen später als Regionen des permanenten Ausnahmezustandes beschreiben, die einer immerwährenden humanitären Intervention

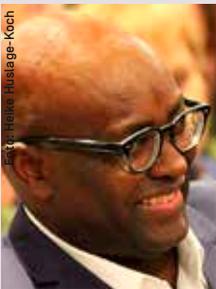
unterliegen, der es nicht um Hilfe, sondern nur um das „Containment“, die Einhegung des Zusammenbruchs, geht. Der haitianische Aktivist Nixon Boumba aber sprach erst einmal von dem Daueraufstand, zu dem sich die Menschen Haitis erhoben haben, einem Aufstand, der auch der Komplizenschaft gilt, die gerade die Hilfsorganisationen mit dem Elend, der Ausbeutung und der Infamie eingegangen sind. Die Mächtigen dieser Welt nehmen noch immer Rache für das auf das Jahr 1804 datierte Ereignis, in dem die schwarzen Sklav:innen Haitis für ausnahmslos alle Menschen beanspruchten, was in der Französischen Revolution bloß ein Versprechen geblieben war. Solange der Aufstand weitergeht, bleibt der Satz wahr, den Kant der Erhebung zugesprochen hat: dass sie ein Ereignis war, „das sich nicht vergisst.“

Wie in Haiti geht es auch in den Lagern an den Außengrenzen Europas ganz offensichtlich nur noch um „Containment“, also um Einhegung. Moria auf der griechischen Insel Lesbos ist dafür zu einem Symbol geworden. Der Rechtswissenschaftler Maximilian Pichl spricht vom „Moria-Komplex“, in dem das Lager- und Entrechtungssystem Europas eine neue Qualität angenommen hat. Shirin Tinnensand von „Stand

by me Lesvos“ verglich Moria angesichts der Gelder, die in Form von Spenden oder als EU-Hilfen zur Verfügung gestellt werden, mit den Goldminen, die in Kalifornien für viele nackte Mühsal bedeuteten, einigen wenigen aber ungeheure Gewinne brachten. Tatsächlich profitieren die zur Versorgung der Internierten geschaffenen Einrichtungen und ihre Helfer:innen nicht nur moralisch, sondern auch finanziell von dem Elend, das humanitär nur verwaltet werden kann, weil es einzig politisch gelöst werden könnte. Die Menschenwürde der Geflüchteten werde auch deshalb systematisch verletzt, weil unprofessionelle Helfer:innen, oft Ehrenamtliche, allzu banale Vorstellungen von der Hilfsbedürftigkeit der Geflüchteten hätten. Damit raubten ihnen die Helfer:innen oft noch die letzte Autonomie: „Menschen wollen aber keine Hilfe auf Kosten ihrer eigenen Fähigkeiten“, so Tinnasand.

Finanzialisierung der Hilfe

Der Humanitarismus, der sich nicht nur in Haiti und Moria mit Geld und Moral ausstattet und nichts zu lösen vermag, wird ergänzt durch die Finanzialisierung der Hilfe, wie sie u.a. Barbara Adams vom „Policy Forum“ in New York im dritten Panel zur Hilfe beschrieb. So würden die Vereinten Nationen eine immer weiter voranschreitende Privatisierung der Hilfsfinanzierung betreiben, mit nichts als dem hohlen Argument, dass es bei den reichen privaten Stifter:innen „nun mal das Geld gibt.“ Obwohl der Internationale Währungsfonds (IWF) oder die Weltbank als Finanziers der Hilfe zugleich eine systematischen Verschuldungspolitik gegenüber den ärmeren Ländern betrieben, wünsche man sie sich heute insofern fast zurück, als sie zumindest formell demokratische Gremien sind. Demgegenüber sind die Banken, die



Achille Mbembe

RASSISMUS UND DEMOKRATIE

Die Wiederkehr rassistischer Gewalt insbesondere gegenüber Schwarzen bildet den Widerspruch liberaler Gesellschaften, den Widerspruch zwischen Demokratie und Rassismus. Weil diese Gesellschaften früher solche der rassistischen Vorherrschaft waren, sehen sie die Entwürdigung von Schwarzen auch dann als natürlich an, wenn sie ihnen formell gleiche Rechte einräumen. Das entspricht der Geschichte der rassistischen Formation (Gesellschaft, aber auch: Bildung). Die Weißen hingen von der Versorgung durch Sklav:innen ab und sahen sie gleichzeitig als die Anderen, die genau dazu da waren. Es gab da kein moralisches Dilemma: Weil der Rassismus die Rassist:innen glauben lässt, selbstständig zu sein, wird die Ungleichheit der Lebenssituation als normal hingenommen. Der dritte Punkt liegt in der Idee einer wesenhaften Differenz zwischen Weißen und Schwarzen. Das ist die weiße Suprematie (Vorherrschaft), das Merkmal des modernen Rassismus – und das Scheitern des Projekts einer liberalen Ordnung.

heute zunehmend an deren Stelle treten, nur einem Gesetz verpflichtet: dem des größtmöglichen Profits. Tatsächlich sind die Banken und ihre „Public-Private-Partnerships“ eben nicht den Vereinten Nationen, sondern nur ihren eigenen Vorständen rechenschaftspflichtig.

In seiner Bilanz der Privatisierungswelle in der Entwicklungspolitik konnte das Panel zeigen, dass selbst die Sustainable Development Goals (SDG), die Nachhaltigkeitsziele der UNO, nur noch

als „Investitionsmöglichkeit“ betrachtet werden. Der italienische Politikwissenschaftlers Sandro Mezzadra brachte dazu später den Begriff des „absoluten Kapitalismus“ ins Spiel. Von ihm getrieben, steht eine Hilfe, die nicht nur die Not, sondern auch deren Ursachen bekämpfen will, vor der Herausforderung, sich neu zu definieren. Wenn es nicht einmal mehr ums Beheben, sondern nur noch um die Verwaltung des Elends geht, muss eine Repolitisierung der Hilfe wieder die „Systemfrage“ stellen. Aber wie?

2. DER KAPITALISMUS

Kapitalismus als Errungenschaft und als Desaster

Die Frage einer Reinigungskraft beim Anblick einer Beuys'schen Skulptur – „Ist das Kunst oder kann das weg?“ – scheint für viele Kapitalismuskritiker:innen auf ihrem Feld längst entschieden: Kapitalismus kann weg. Die Buchautorin und Wirtschaftsjournalistin Ulrike Herrmann stellte diese Gewissheit in ihrem Vortrag „Von der Not, nicht mehr wachsen zu dürfen“ noch einmal auf die Probe. Weil der Kapitalismus zumindest im globalen Norden für viele weniger eine Ausbeutungsprozedur als ein Weg zu einem angenehmen, sogar profitablen, wenn auch in Teilen entfremdeten Leben sei, stelle sich seine Überwindung, so Herrmann, nicht ganz so einfach dar. Die Unvermeidlichkeit der Infragestellung des Kapitalismus ergibt sich für sie auch deshalb eher aus den Erfordernissen der Klimakatastrophe. Dazu wies sie im Detail nach, dass die Klima-

ziele ernsthaft nur durch ein Ende des Wachstums zu erreichen seien. Da der Kapitalismus weniger die Ausbeutung als das ständige Wachstum brauche, habe sich der politische Grundwiderspruch von dem zwischen Kapital und Arbeit zu dem zwischen Wachstum und kein Wachstum verschoben. Dass aber erleichtere die Aufgabe nicht, die zur Überwindung des Kapitalismus nötige gesellschaftliche Mehrheit zusammenzubringen: „Wie kommen wir“, so brachte sie ihr Problem auf den Punkt, „zu einem Transformationsprozess, der nicht in einem Bürgerkrieg endet?“ Eine Antwort auf diese Frage konnte nach ihr auch Nina Treu vom „Konzeptwerk Neu Ökonomie“ nicht geben: Auch für sie blieb offen, ob die praktische Erprobung alternativer Lebens- und Wirtschaftsweisen, die sie vorstellte, schon ausreiche, die „Denkbremse“ zu lösen, die uns allen den Weg zu der für das Überleben des Planeten nötigen Transformation versperrt.

Postkolonialer Kapitalismus

Während Ulrike Herrmann und Nina Treu ihren Blick wesentlich auf die ökologischen Herausforderungen richteten, erörterte der italienische Politikwissenschaftler Sandro Mezzadra die „Weltlage des postkolonialen Kapitalismus.“ Dass und wie nicht nur der globale Süden, sondern auch und gerade der globale Norden „postkolonial“ verfasst sei, zeigten in Bezug auf die Transformationen von Arbeit und Staatsbürger:innenschaft eindrücklich die Bewegungen der Migration. Weil sie in den gegenwärtigen Krisen das emanzipatorisch dynamische Moment seien, komme den Konflikten um Rassismus, weißen Suprematismus und hierarchische Wissensproduktion eine ganz entscheidende Dimension zu. Allerdings werden die Migrant:innen von der Pandemie besonders hart getroffen. Sie habe, so Mezzadra,

eine Krise der Mobilität ausgelöst und das Grenzregime nun um Hygienevorschriften und Impfausweise erweitert. Unter diesen Bedingungen sei eine dystopische Form von Migrationsmanagement denkbar, in denen Ghettos und selbst Orte wie Moria zu Reservoirs für temporär nötige Arbeitskräfte werden könnten. Wir stünden dann, so Mezzadra mit einem Begriff des Philosophen Etienne Balibar, vor der Wende hin zu einem „absoluten Kapitalismus.“

Der nigrische Journalist Moussa Tchangari ergänzte Mezzadras Verweis auf die dystopischen Tendenzen des postkolonialen Kapitalismus eindringlich um die Enttäuschung über die uneingelösten Versprechen aus der Zeit des nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Eines dieser Versprechen war das des „globalen Dorfes“, in dem alle – befreit von autoritären Regimen – im freien und gleichen Zugang zu

Foto: medico



Moussa Tchangari

EIN DORF VOLLER MAUERN

Globalisierung war einst mit großer Hoffnung verbunden. Politisch war es ein Versprechen auf Freiheit. Wirtschaftlich war es ein Versprechen auf größeren Kapitalzufluss und Zugang zu Waren und Dienstleistungen. In sozialer und kultureller Hinsicht war es ein Versprechen auf Bewegungs- und Reisefreiheit. Mit der Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien, so wurde uns versichert, würde sich die ganze Welt in ein globales Dorf verwandeln. Wir alle erleben heute, wie der Traum vom globalen Dorf verblasst. Wir sehen, dass es in diesem Dorf nicht gerecht zugeht. Das Dorf ist in Quartiere aufgeteilt, die von Mauern getrennt werden. Zwar zirkulieren Waren und Dienstleistungen ohne größere Hindernisse, aber die Menschen, vor allem jene ohne Geld oder besondere Fähigkeiten, bleiben eingesperrt. Sie werden als Bedrohung für die soziale, politische, kulturelle und wirtschaftliche Ordnung dargestellt. Das ist das heutige Gesicht der Globalisierung, die noch vor wenigen Jahren das Versprechen einer Welt ohne Grenzen beinhaltete.

Demokratie, öffentlichen Gütern und Mobilität verbunden wären. Doch zerfalle dieses Dorf zusehends in durch unüberwindliche Mauern vollkommen voneinander getrennte Teile. Fänden sich in diesen Mauern Risse und Löcher, so blieben sie doch nur virtuell: Zirkulieren, so Tschangari, können einzig die Dinge, während Menschen ohne Geld und ohne besondere Fertigkeiten ausschließlich als Bedrohung der allgemeinen Ordnung definiert und deshalb „einfach weggesperrt“ würden. Dem dystopischen Zug der Analyse entgegen betonte Mezzadra die Bedeutung der Bewegungen, die trotz der Pandemie von sich reden machen: die feministischen Aufstände in Lateinamerika, Black Lives Matter in den USA und in Europa, die ökologischen Bewegungen und eben die Hartnäckigkeit der Migration mit ihrem Beharren auf dem Recht auf Mobilität. Einsprengsel der Hoffnung in einem düsteren Szenario.

Von Kontrolle und Tod

Die argentinische Anthropologin und Feministin Rita Segato stellte die Frage in den Raum, was die Pandemie eigentlich mit den modernen westlichen Subjekten mache: Subjekte, so Segato, die ihren Tod verdrängen und ihn deshalb jetzt, wo er ihnen und ihren Angehörigen nahe rücke, hinter aseptischen Krankenhaus-Bildern verschwinden lassen wollen. „Virtualität macht sich nun zum Imperativ.“ Im Virtuellen, so Segato, existiere der Körper nur noch als Fantasie, als eine „Sache, geschaffen von einem omnipotenten, hypertrophen Ego und deshalb als toter Körper gar nicht vorzustellen“. Segato, die mit der „Pädagogik der Grausamkeit“ eine dekoloniale Kritik des patriarchalen Kapitalismus entwickelt hat, sieht in dieser Fantasie „einen dummen Unglauben an den Tod, der die Mentalität unserer Zeit ausmacht“. Mit den Feminiziden in Lateinamerika vor Augen erschließt sich die in der rechtsradi-

kalen weißen Männlichkeit kultivierte Todesverachtung im Angesicht von Covid als männlicher Herrschaftsanspruch über den Tod der Anderen.

Auch gehört Segato zu den Denker:innen, die sich zugleich dem politischen Aktivismus verschrieben haben. Ein solcher Aktivismus aber ist in der körperlosen Zweidimensionalität des Virtuellen schlechterdings nicht vorstellbar. So äußere sich der lateinamerikanische Feminismus in einer Explosion der Vitalität, in der sich Frauen ihren lebendigen Körper zurückerobern: Ein freier Körper, der sich in allen Formen seiner Bewegung von der Zweidimensionalität befreie. Verdichtet hat sich diese Befreiung im Januar 2021, als das argentinische Parlament die Abtreibung gesetzlich zuließ und sich abertausende Frauen aus allen Klassen vor dem Parlamentsgebäude versammelten, sich im Augenblick ihres nach langen Kämpfen errungenen Sieges ihrer Masken entledigten und sich in die Arme fielen. Wie heißt es doch bei Brecht in der Resolution der Kommunarden: „... haben wir beschlossen nunmehr schlechtes Leben mehr zu fürchten als den Tod.“

Die Philosophin Eva von Redecker, die gerade ein Buch zur Philosophie der neuen Protestformen herausgebracht hat, konnte gut an Segatos „Pädagogik der Grausamkeit“ anschließen, weil die Verdinglichung von allem und allen für sie nicht nur eine Geschichte der nackten Gewalt ist, sondern eine patriarchale „Geschichte der Eigentumsformen.“ In ihrem im Hall der Übertragung leider teilweise schwer verständlichen Beitrag übersetzte sie Segatos Begriff der „Dueñidad“ (Besitzherrschaft) in ihren Begriff der „Sachherrschaft“: „Es war die patriarchale Sachherrschaft, die es einem Teil der Besitzlosen in Europa wie auch den Besitzenden und weißen Siedlern in den Kolonien ermöglichte, die Willkürfreiheit des Eigentümers genießen.“ Auch bei von Redecker wird Lebendiges ver-

dinglicht und damit jeder möglichen Form von Gewalt übereignet. Dass die Feminismen aus Lateinamerika und Europa eine andere Sprache

und doch eine gemeinsame sprechen, war eine bewegende Erkenntnis des Samstagabends.



3. [RE -] KONSTRUKTION

Was haben wir gemeinsam, um die Welt zu rekonstruieren?

Dass der kamerunische Philosoph Achille Mbembe an einer zwar internationalen, doch von Deutschland aus organisierten Konferenz teilnahm, war nach den Debatten um seine Person im vergangenen Jahr keine Selbstverständlichkeit. Wie nötig gerade seine Stimme in einer politischen Debatte um den postkolonialen Kapitalismus ist, erwies sich einmal mehr an diesem Sonntagvormittag. Mbembe ging in seinem Vortrag der Frage auf den Grund, ob eine Rekonstruktion der Welt möglich ist und wie sie aussehen kann: von Afrika aus. Tatsächlich gibt es „keinen besseren Ort auf der Welt, an dem uns diese Frage so eindringlich und radikal entgegenschlägt.“ Es gelte, eine „Welt für alle und alles“ zu rekonstruieren, getragen von einer anderen Ordnung und bedürftig einer neuen Ethik. So wie die Welt zurzeit mit ihrem auf Extraktivismus und Finanzialisierung ausgerichteten Entwicklungsmodell beschaffen sei, entstünden zwangsläufig immer größere No-Go-Zones, die dann in einer Art „Fernmanagement“ kontrolliert und eingeeht werden müssen. Diese Zonen erinnerten an den Kolonialismus, hätten jedoch das koloniale Paradox abgeschafft, das Mbembe zufolge die Kontrolle aus der Ferne mit der direkten

körperlichen Konfrontation verband. Heute jedoch werde die „Landkarte der Entwicklung“ neu gezeichnet. In dieser Zeichnung stehen zwei Entwicklungsalternativen gegeneinander: „Eine Welt des Dauernotstands, die im technokratischen Management verwaltet werde, oder eine strukturelle Transformation der Gesellschaft und der Menschheit als Ganzes.“

Zur Entwicklung einer dazu notwendigen „Ethik des Planetarischen“ aber sei die liberale Ordnung allein nicht in der Lage, weil sie eine Ethik der Gleichheit von allen und allem sein müsse. Mbembe kritisierte den Kantschen Kosmopolitismus, der zwar eine Kritik des Kolonialismus beinhaltete, aber die Welt nur vom Wissen einer Provinz aus betrachtete. Ein posteurozentrischer Kosmopolitismus müsse die verschiedenen Archive des Wissens und der Erinnerung gleichberechtigt nebeneinander stellen und dürfe sie nicht hierarchisieren. Jedoch: „Darin aber offenbart der anhaltende Rassismus ein Versagen des Projektes der liberalen Ordnung.“ Dabei verwies Mbembe auf die Ideologie des weißen Suprematismus, die seit Jahrhunderten das trügerische Selbstbild der Weißen von ihrer Autonomie aufrecht erhalte, dazu die Abhängigkeit von der Fürsorge ihrer Sklav:innen ausblende und deshalb auch sowohl die eigene Verantwortung wie die Ein-

sicht in die Verpflichtung zur Reparation verleugne. Damit rückte Mbembe die Aufarbeitung und Überwindung des weißen Suprematismus in den Mittelpunkt der Transformationsaufgabe. Sein Vorschlag des Gemeinsamen lautete: „Wir müssen über den Kosmopolitismus hinaus zu einer neuen Ethik der Welt kommen. Zu einer Idee der gemeinsamen Fürsorge für die Welt, die distributive und reparative Gerechtigkeit zusammenführt.“

Was aber haben wir gemeinsam? Die kenianische Schriftstellerin Yvonne Adhiambo Owour machte deutlich, dass eine wohlfeile Beschwörung des Gemeinsamen nur dazu angeht, die Kluft zu vertiefen: „Die Vergangen-

Das gegenwärtige Entwicklungsmodell schafft immer neue No-Go-Zonen, die durch Fernmanagement verwaltet und eingeehgt werden.

heit jagt die Gegenwart, formt sie, kolonisiert sie jetzt.“ Zugleich aber sei eine neue Welt im Werden begriffen. Ihre Ausführungen zur „Ruhelosigkeit des Herzens“ mit ihren fluiden Zugehörigkeiten, ihre Verweise auf die technologischen und machtpolitischen globalen Verschiebungen mündeten in der Idee, dass das Gemeinsame zuletzt auch in einer eigenen Sprache ausgesprochen werden müsse und werde.

Wer bei diesem Prozess dabei sein will, so Owour, muss vor allem eines: „erwachsen werden.“ Die Soziologin Sabine Hark verband diese Aufforderung mit der Einsicht in die Unterschiede, aus denen sich die Verpflichtung zum Gemeinsamen in einer asymmetrischen Glo-

balität ergibt: „Privilegien zu verlernen, eine imperiale Lebensweise zu verlernen, aktiv Nein zu einer in Jahrhunderten geformten Sozialisierung in Dominanz zu sagen, verlangt etwas anderes, als sich aus einer Position ebenfalls über Jahrhunderte geformter Enteignung heraus als politischer Bürger oder politische Bürgerin neu zu entwerfen.“

Revolution heute

Moussa Tschangaris, aus der Aussichtslosigkeit heraus formuliertes, Begehren „nach etwas ganz anderem“ und Mbembes Beharren auf der Unumgänglichkeit einer „Transformation der Menschheit im Ganzen“ stellten unausgesprochen, doch unüberhörbar die Frage nach der Revolution. Die US-amerikanische Philosophin Susan Buck-Morss ist seit jeher dem revolutionären Denken verpflichtet und hat den „provinziellen“ Kosmopolitismus mit ihrem Grundsatzwerk „Hegel und Haiti“ schon überschritten, indem sie die Französische und die Haitianische Revolution miteinander verknüpft. In ihrem Vortrag, in dem sie immer wieder Bilder der Aufstände aus den letzten zehn Jahren einfließen ließ, sprach sie von der Notwendigkeit einer „totalen Revolution“, da kein Problem im Rahmen eines Nationalstaates gelöst werden könne. Zugleich aber stünden wir vor einer Krise der Alternativen. Nichts läge einfach auf der Hand. Hier schloss Susan Buck-Morss an Mbembe an, der für eine Enthierarchisierung der Erinnerungsarchive plädiert hatte. Sie hatte sich seine Rede um fünf Uhr morgens – New Yorker Zeit – angehört. Die Geschichtsschreibung pflege einen Mythos der Moderne, in dem eine Hierarchie des Fortschritts angelegt sei, der auf die Überlegenheit des kapitalistischen Systems hinauslaufe. Es sei sehr schwer, sich außerhalb dieser Fortschrittslogik zu stellen: „In unserer Verzweiflung müssen wir nicht weniger als eine Ände-

rung der politischen Kultur erreichen.“ Eine Kultur des Zuhörens, des Respekts gegenüber der Würde des anderen. „Das revolutionäre Kollektiv ist nicht die Universalisierung einer Abstraktion“, lautete einer ihrer Charts, es ist vielmehr gerade in dem „enormen Aufleuchten von Bewegungen“ erfahrbar, „die sehr verschieden sind“.

Von diesem nur scheinbaren Paradox legten dann auch die beiden Mitdiskutant:innen des Forums Zeugnis ab. Der syrische Filmemacher Saeed al Batal, der in Leipzig im Exil lebt, schilderte, warum sich Menschen trotz der Todesgefahr an der Revolution in Syrien beteiligten. „Nicht jedes Leben ist wahres Leben“: Gerade diese Einsicht habe die Revolutionär:innen in Syrien, so al Batal, überhaupt erst befähigt, ihr Leben für die Revolution aufs Spiel zu setzen. Am Begriff des „Arabischen Frühlings“ kritisierte er die Reduktion der Suche nach einem besseren Leben in einer freien Zukunft zu einem „arabischen Problem“ und folglich auf ein „Noch-nicht-wie-wir-sein“, mit der die Verbindung zu anderen aufständischen Prozessen in der Welt abgeschnitten worden sei. Bei der deutschen Linken treffe er zudem immer wieder auf Argumente, die die syrische Revolution von ihrem Scheitern her betrachteten und delegitimierten. Sein Satz, dass „die Revolution erst vorbei ist, wenn die Revolutionäre aufhören“, traf sich mit Susan Buck-Morss' Verweis auf den unerhörten Mut, mit dem heute an vielen Orten in der Welt gekämpft wird.

Aus Chile berichtete Pierina Ferreti vom „estallido social“, der sozialen Explosion, einer Bewegung, die von Millionen Menschen getragen wird. Sie resultiere zum einen aus der Verdinglichung der gesamten Existenz im superneoliberalen Chile, wo der Mensch nur noch ein Objekt des Gewinnstrebens sei – ganz egal, um was es sich handle, ob Gesundheit, Bildung oder Rente. Die Bewegung hätte in der Gesell-

schaft einen Ärger ausgelöst, von dem die herrschenden politische Klasse nichts geahnt habe und den keine Partei, auch keine linke, zu repräsentieren in der Lage sei. Deshalb habe in der Bewegung jede und jeder einzelne sich selbst vertreten müssen. Zugleich erinnerte sie, dass der estallido social ohne die in den vergangenen fünf Jahren gewachsene feministische Bewegung gar nicht zu erklären sei: einer Bewegung, die Millionen von Frauen auf der Straße gebracht habe. Ihr sei der Nachweis gelungen, dass das scheinbar private Problem der häuslichen Gewalt in Wahrheit ein strukturelles Problem der ganzen Gesellschaft sei, das deshalb auch nur gesellschaftlich, also politisch, gelöst werden könne. Indem Frauen aus allen Schichten dies verstanden hätten, seien sie zu politischen Subjekten geworden – Rita Segato zufolge ein gelungenes Beispiel einer „Gegenpädagogik der Gewalt.“

Die Revolution der Menschenrechte

Den Begriff und die Sache selbst der Revolution erst wieder ins Spiel bringen zu müssen, wäre nicht nötig, wenn sie nicht zuvor aus dem Spiel gebracht worden wäre und, schlimmer noch, wenn sie sich nicht selbst immer wieder aus dem Spiel gebracht hätte. Tatsächlich versteht es sich spätestens seit dem Ende der Sowjetunion 1991 nicht mehr von selbst, in der Revolution die politische Form emanzipatorischer Politik zu sehen. Der erste Grund dafür ist zwischenzeitlich vielfach gar nicht mehr präsent: Das Ende der für die Geschichte des 20. Jahrhunderts politisch bestimmenden Blockkonfrontation sollte nach dem Willen der Sieger dieses bislang letzten großen weltgeschichtlichen Konflikts nicht weniger als das Ende der Geschichte überhaupt sein. Der zweite Grund liegt in der Notwendigkeit, von der viele Revolutionär:innen und ausnahmslos alle Denker:innen der Revolution immer wieder ge-

sprochen haben: der Notwendigkeit, die Revolution als permanente Revolution denken und praktisch angehen zu müssen. Eine Notwendigkeit, die alle Revolutionen seit ihren ersten modernen Anfängen in der Amerikanischen, der Französischen und der Haitianischen Revolution begleitet. Tatsächlich kann von allen modernen Revolutionen gesagt werden, dass sie nicht zu erreichen vermochten, was sie erreichen wollten. Zugleich muss von allen diesen Revolutionen gesagt werden, dass sie sich recht bald gegen die Revolutionär:innen wendeten, die sie begonnen haben. Gegen dieses immer vorzeitige Ende, besser gesagt: gegen die stete Unterbrechung der Revolution, hat die jüngere Kritische Theorie den Begriff der Menschenrechtsrevolution geprägt. Er soll benennen, worum es in den modernen Revolutionen eigentlich ging, was von ihnen blieb, woran immer neu anzuknüpfen sein wird und worin

folglich ihre Sache selbst, d.h. ihre Permanenz, liegt. Die Revolution ist der historische Prozess, in dem wir uns gegenseitig zugesprochen und versprochen haben, frei und gleich an Rechten zu sein. So haben wir uns – über ihre vorzeitige Unterbrechung hinweg – in der Amerikanischen, der Französischen und der Haitianischen Revolution die politischen Menschenrechte zugesprochen. Wenn wir uns heute als frei und gleich auch an wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten verstehen, so ist dies das Erbe vor allem der Oktoberrevolution. Die antikolonialen Revolutionen schließlich haben uns die kollektiven Menschenrechte, wie etwa das Recht auf Wasser zugesprochen, deren juristische und politische Ausarbeitung noch lange nicht abgeschlossen ist. Dem weltweiten Aufbruch des Mai 1968 schließlich danken wir die Einsicht, dass alle Menschenrechte einander bedingen und des-



Foto: Esaiaci4, Cc BY-SA 4.0

Yvonne Adhiambo Owour

UNERLÖSTE GESCHICHTE

Die Vergangenheit sucht die Gegenwart heim. Wir haben das Gewicht ungeklärter Geschichte zwischen uns. Ihre nicht allzu fernen Vorfahren verrieten die grundlegenden Prinzipien der Menschlichkeit, begingen Gräueltaten gegen die Existenz, verwüsteten die Erde und kommerzialisierten das Leben. Sie veröffentlichten Kauderwelsch über uns, Unsinnigkeiten, die viele in Ihrer Welt immer noch für wahr halten. Die wilde Gier nach Kapital, Profit und Reichtum hat dazu beigetragen, die menschliche Seele zu zersetzen und ihr Vertrauen in andere zu untergraben. Dies und mehr zuzugeben, würde Sie oder Ihre Vorfahren nicht weniger menschlich machen. Es würde den Nachkommen, die die Wunden geerbt haben, nur verkünden, dass Sie bereit sind, eine verheerende kulturelle Zerbrochenheit anzuerkennen. „Reparatur“ ist der letzte Schritt einer langen Odyssee, die mit einer inneren Bestandsaufnahme beginnt und zu einem öffentlichen Eingeständnis der langen Schatten im Inneren führt. Die Zukunft widersetzt sich einer Amnesie.

halb nie gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Genau besehen ist sogar die Permanenz der Revolution als ein Menschenrecht zu verstehen, als das im §28 ihrer Allgemeinen Erklärung verankerte Recht auf eine „internationale und soziale Ordnung, in der die in dieser Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können“: für alle und jeden, überall.

In dem der Menschenrechtsrevolution gewidmeten Forum auf der Konferenz wurde die Sache selbst in drei Hinsichten zur Diskussion gestellt. Der chilenische Menschenrechtsaktivist Roberto Mundaca erinnerte an die Permanenz der Revolution an der Geschichte seines Landes: am Aufbruch der Unidad Popular in den 1970er Jahren, an der dunklen Zeit der Militärdiktatur und ihrer noch heute fortdauernden politischen, ökonomischen und kulturellen Gewalt, einer Gewalt, gegen die sich in den letzten Jahren wieder einmal Millionen Menschen erhoben haben. Nicht zufällig mündet gerade dieser jüngste revolutionäre Aufbruch in die Auseinandersetzung um eine neue, radikal menschenrechtsbasierte Verfassung. Der Generalsekretär des medico-Partners European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), Wolfgang Kaleck, insistierte gleichen Sinnes auf der Dialektik von politischem Aufbruch und juristischer Bewahrung, einer Dialektik, die uns gerade in der permanenten Verwiesenheit von Politik und Recht aufeinander auf das Menschenrecht als eine konkrete Utopie verweist, für die politisch und juristisch zu streiten bleibt. Bestimmend bleibt dabei der für den Begriff des Menschenrechts grundlegenden Umstand, dass die in permanenter Revolution fortzuschreibende Liste unserer pluralen Menschenrechte ihr Maß und ihre Bewahrung in dem ihnen allen eingeschriebenen singularen Menschenrecht einer jeden auf die freie Selbstbestimmung der eigenen Existenz findet.

Den Horizont der reinen Gegenwart sprengen

Dass die planetarischen Problemlagen, mit denen sich die Konferenz beschäftigte, nur global zu lösen sind, klingt fast wie eine Binsenweisheit. Nur wo zeigen sich Ansätze globaler Lösungen? Thomas Gebauer, der über 20 Jahre lang Geschäftsführer von medico international war, und immer das globale Parkett für grundlegende Veränderungen suchte, zog in seinem Beitrag eine ernüchternde Zwischenbilanz. Der Bedeutungsverlust der Vereinten Nationen habe in dem Maße zugenommen, wie die Nationalstaaten selbst erodierten. Die bereits erwähnten SDGs, die sogenannten nachhaltigen Entwicklungsziele, setzten auf Wirtschaftswachstum und „gewinnbringende Problemlösungen“. Ja, es drohe die „Dystopie einer Governance der Konzerne“, in der sich der dem Kapitalismus immanente Zwang zur Verwertung von Mensch und Natur „absolut“ setze. Es reiche deshalb nicht aus, den Zerstörungsprozess allein mit Empörung aufhalten zu wollen. Es bedürfe einer mitreißenden Vorstellung, wie eine andere Welt aussehen könnte.

Das Schlusspodium der Konferenz war nie als Resümee gedacht und konnte nur bedingt Gebauers Forderung nach einer mitreißenden Idee einlösen. Wie auch. Am Beispiel von vier Themen, die sich auf die eine oder andere Weise durch die Konferenz zogen, tauchten jedoch Vorschläge für eine andere Praxis auf, die den Horizont der Gegenwart sprengen. Mark Heywood, südafrikanischer Journalist und Aktivist der ersten Stunde für das globale Recht auf Zugang zu antiretroviralen Medikamenten, war überzeugt, dass nicht allein die ungleiche Verteilung des Impfstoffes problematisch sei, der die Corona-Pandemie in den ärmsten Ländern um Jahre verlängern wird. Tatsächlich werde es kein Zurück zum „normalen Vorher“ geben. So führte die Pandemie

im Schwellenland Südafrika zu einer 30-prozentigen Arbeitslosigkeit in der Folge der Vernichtung von zwei Millionen Arbeitsplätzen. Zugleich seien die Covid-Sterberaten unter der schwarzen Bevölkerung um ein Vielfaches höher als unter der weißen. „Dabei erleben wir“, so Heywood, „eine Stärkung des autoritären Staates, unter der es emanzipatorische Kämpfe schwerer haben werden als zuvor.“ Die globale Pandemie könne in ihren sozialen Folgen deshalb nur durch einen globalen Wiederaufbauplan bewältigt werden, der sich insbesondere mit der Rekonstruktion der durch die Privatisierung geschwächten Gesundheitssysteme beschäftigen müsse: Die Rückgewinnung der Gesundheit als eines menschenrechtsbasierten öffentlichen Guts müsse weltweit oben auf der politischen Tagesordnung stehen.

Die Juristin Miriam Saage-Maß, die für das European Center of Constitutional and Human Rights (ECCHR) seit vielen Jahren Prozesse begleitet, die europäische Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen haftbar machen sollen, stellte die Widersprüche im Rechtssystem zur Debatte. Firmen beriefen sich auf Handelsverträge, die sie nicht haftbar machen. Weil diesen allerdings die internationalen politischen und sozialen Menschenrechte gegenüberstehen, rüttelte jeder Prozess, der sich auf die Menschenrechte berufe, an der Auffassung der Firmen, nach der für sie einzig Handelsverträge gelten würden. Am Beispiel der Debatte um die Lieferketten und dem Entwurf der Bundesregierung für ein Lieferkettengesetz zeige sich, dass politische Spielräume vorhanden seien, die Macht der Unternehmen einzuhegen: auch wenn das Gesetz viele Schlupflöcher beinhalte.



Rita Segato

KONTROLLNEUROSE

Unterdessen ereignet sich das, was ich einmal „Kontrollneurose des Westens“ genannt haben: die Missachtung der Zeit, der Unglaube an die historische Natur von allem, was existiert, eine Art cartesianischer Extremismus; der Glaube, dass sich der Kopf außerhalb der res extensa [der bloßen Materie] befinde und deshalb eine definitive Kontrolle über die Geschichte alles Lebenden und damit über das Leben selbst ausübt. Die Pandemie ereignet sich bei einem vom Leben ausgeschlossenen Menschen. In der Hoffnung, alle Unbestimmtheit und alle Unsicherheit zu beenden, hat er sich ein Exil außerhalb von allem Vitalen auferlegt. So kommt es, dass die Pandemie den Glauben unserer Epoche in Frage stellt. Wie ein großer Scanner enthüllt sie die verborgene Struktur der Welt, ihr Skelett. Sie ist so etwas wie der „Einbruch der Wirklichkeit“, der die Allmachtfantasie des apokalyptischen Kapitalismus untergräbt. Das könnte zu einer Reintialisierung, zu einem Reset führen – würden wir nicht das Antidot in uns tragen, das die transformative Fähigkeit des Systems selbst bremst: unser fataler Unglaube an unsere Sterblichkeit.

Um diese Spielräume im Sinne der Menschenrechte zu nutzen, sei ein Zusammenspiel politischer Bewegungen, einer öffentlichen Meinung, die die Hyperausbeutung der Textilarbeiter:innen ablehnt, und juristische Formen der Strafverfolgung vonnöten.

Dass eine Rekonstruktion der Welt nicht denkbar ist, „ohne Europa zu verlassen, um die Welt zu retten“, daran erinnerte die Soziologin Vanessa Thompson. Mit dem Zitat von Frantz Fanon verband sie die transnationalen antirassistischen Kämpfe der Black Lives Matter-Bewegung (auch Black Liberation Movement) mit der Idee des Abolitionismus. Einst als internationale Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei entstanden, wäre der Abolitionismus heute eine Form „Schwarzer Theoretisierungen“, die auf eine radikale Kritik des liberalen Kosmopolitismus und des strukturellen Rassismus seiner Institutionen zielen, wie sie zuvor schon Mbembe geübt hatte. Dabei sei das abolitionistische Projekt auch ein Projekt der Rekonstruktion, das eine weitestgehend verleugnete Geschichte der Moderne erinnere, deren prominentester „Fall“ die Haitianische Revolution sei. Eine Rekonstruktion der Welt für alle und alles (Mbembe) sucht das uns Gemeinsame nicht nur im Zukünftigen, sondern auch in einer anders erzählten Geschichte jenseits des Nationalstaats.

In einer Zeit der „Krisen der Alternativen“ (Buck-Morss) liegt es an der Exemplarität, das mögliche Andere sichtbar zu machen. Das gelingt manchmal in Projekten, die nach eigenen anderen Regeln wenigstens zeitweise „Inseln der Vernunft“ sein können, und das gelingt mitunter in der Kunst, wie der Theatermacher Milo Rau am Beispiel seines Filmes „Das neue Evangelium“ zeigte, der im Begleitprogramm zur Konferenz zu sehen war. Im „Neuen Evangelium“ ist Jesus ein geflüchteter Aktivist aus dem Kamerun, die Apostel sind Sexarbeiter:innen, illegale Arbeiter:innen der Tomatenplanta-

gen und Kleinbauern im Süden Italiens. „Wir haben“, so Rau, „den transzendentalen, universalen Gerechtigkeitsbegriff der Bibel benutzt, um Menschen zusammenzubringen, die im System der süditalienischen Ausbeutung entlang ethnischer oder sozialer Linien fragmentiert werden.“ Dass der Regisseur seiner Kunst einen politischen Realitätsbeweis abverlangt, eröff-

Der Abolitionismus ist eine Form der Schwarzen Theoretisierung, die auf radikale Kritik des liberalen Kosmopolitismus und den institutionellen Rassismus abzielt.

net seinen Grenzgang zwischen Kunst und Politik. So wurden die Illegalisierten im Rahmen des Projekts zu Hausbesetzer:innen, erreichten so die Zuteilung von Arbeitspapieren und näherten sich der Legalisierung ihres Aufenthalts. In Raus Interpretation wird das Evangelium zum Mythos einer unterbrochenen Revolution: „Jesus wird zum brutalsten Tod verurteilt, er scheitert an seiner Gruppe und an sich selbst. Und doch entsteht daraus für die Zukunft eine Kraft. Das ist Dialektik.“

Mit diesem Abschluss rahmte das Schlusspodium noch einmal die gesamte, in ihren Inhalten überbordende Konferenz: Ausgehend von der Hilfe und ihrem Zeugnis zur Lage der Welt ging es darum, Möglichkeiten ihrer Transformation wahrzunehmen. Auf dieser Grundlage können wir eine mögliche politische Kultur in den Blick nehmen, die sich im philosophischen, politischen und künstlerischen Versuch der Grenzüberschreitung der anderen Welt nähert, die noch immer möglich ist.



Das Panel „Revolutionen heute. Eine kritische Zwischenbilanz der jüngsten Revolten“ mit der chilenischen Soziologin Pierina Ferretti, der New Yorker Philosophin Susan Buck-Morss und dem syrischen Filmemacher Saeed Al-Batal aus Berlin, moderiert von medico-Kollege Mario Neumann.



Katja Maurer und Thomas Seibert arbeiten seit 1998 bzw. 1997 bei medico international. Sie verantworteten hauptsächlich die inhaltliche Gestaltung der Konferenz.

WIE GEHT ES WEITER?

medico dokumentiert die Konferenz, nun geschnitten in die einzelnen Panels auf der Website www.medico.de/reconstruction in mehreren Sprachen. Unter dem Stichwort „(Re)-Konstruktion“ setzen wir die Debatte, nun in kleineren Formaten online und offline fort. Wie genau – werden wir mitteilen. Eine schriftliche Dokumentation ist geplant. Auch da halten wir Sie auf dem Laufenden.

Die „virtuelle Kneipe“ der Konferenz.

Meinungsfreiheit, Demokratie, Geld

Neue Veranstaltungsreihe 2021
des „Utopischen Raums“

Die Veranstaltungsreihe der stiftung medico international in Kooperation mit dem Frankfurter Institut für Sozialforschung und der Frankfurter Rundschau wird in diesem Jahr fortgesetzt. Den Auftakt bildet eine Matinee am 11. April um 11 Uhr mit dem Ensemble Modern, einem der führenden Ensembles für Neue Musik. Das Thema von Diskussion und Musik: investigativer Journalismus, künstlerische Formen der Aufklärung und Beschränkungen der Meinungsfreiheit. Im Gespräch: Die Komponistin Iris ter Schiphorst, die medico-Partner:innen Moussa Tchangari aus dem Niger und (angefragt) Monika Borgmann aus dem Libanon, die Vorsitzende der Heinrich-Böll-Stiftung Barbara Unmüßig, die Investigativ-Journalistin Sylke Gruhnwald, der Ensemble-Flötist Dietmar Wiesner und der Publizist Stephan Hebel. Die Moderation übernimmt Ilija Trojanow. Schon am 29. April um 19 Uhr geht es weiter mit der Veranstaltung „Weniger Kapitalismus, mehr Demokratie“. An diesem Abend gehen IG-Metall Vorstand Hans-Jürgen Urban und Helena Marschall von Fridays for Future mit Thomas Gebauer der Frage nach, ob der Aufbau von Kommunal- und Regionalräten zu einer Verschränkung sozialer und ökologischer Sichtweisen beitragen kann. Und am 17. Juni schließlich wird der Film OECONOMIA von Carmen Losmann gezeigt, der offenlegt, dass die Wirtschaft nur dann wächst, wenn wir uns verschulden. Anschließend: Filmgespräch mit der Regisseurin. Genauere Informationen in Kürze.

www.stiftung-medico.de/der-utopische-raum



Immer im Einsatz: Die mobilen Kliniken der medico-Partnerorganisation Amel im Libanon. Foto: Amel

Corona global

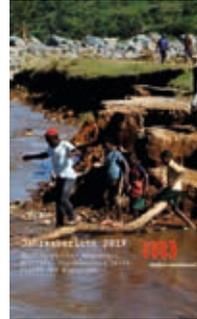
Gesundheitskämpfe in Zeiten der Pandemie

Die Welt steht am Scheidepunkt und es liegt in den Händen der politisch Verantwortlichen, im Umgang mit der Pandemie das Menschenrecht auf den bestmöglichen Zugang zu Gesundheit zu verteidigen oder eben nicht. Über die dramatischen Folgen der Verweigerung politischen Handelns berichteten Raquel Torres aus Brasilien, Lydia Cairncross aus Südafrika und Virginie Lefèvre aus dem Libanon beim diesjährigen Kongress „Armut&Gesundheit“, der pandemiebedingt digital stattfinden musste. Sie berichteten über die systematische und todbringende Verharmlosung der Risiken in Brasilien, die Folgen der exklusiven Sicherung der Impfstoffe durch die reichsten Länder und von den Fallstricken nationaler Impfpläne inmitten des zerfallenden Staates Libanon. Vor allem aber ging es um Gegenstrategien, um den Mut zur Aufklärung im unabhängigen Nachrichtenportal „Outras Palavras“ in Brasilien, um Organisation von sozialen Netzwerken der C-19 People's Coalition in Südafrika und um die Verteidigung von Gesundheitssystemen für alle gegen den marktorientierten Privatisierungswahn im Libanon.



1

Aktualisierte Kurzbroschüre zum Thema Fluchtursachenbekämpfung.



2



5



3



6



4



7

Bestellen & Verbreiten

In kostenlosen Broschüren, Flyern und auf Plakaten informieren wir über aktuelle Themen und Kampagnen, die uns wichtig sind. Wir freuen uns, wenn Sie Freund:innen, Bekannte und Kolleg:innen darauf aufmerksam machen. Gerne dürfen Sie unser rundschreiben und alle anderen Materialien auch in größerer Stückzahl bestellen und an Orten in ihrer Umgebung – in Arztpraxen, Cafés oder Buchläden – auslegen. Sie helfen uns und unseren Projektpartner:innen sehr, wenn Sie zur Verbreitung unserer Inhalte beitragen.

Eine vollständige Liste unserer Materialien zum Bestellen oder Herunterladen finden Sie hier:

www.medico.de/material

1 Europa ist Exportweltmeister – 12-seitige aktualisierte Kurzbroschüre zum Thema Fluchtursachenbekämpfung, die die Verantwortung der EU für die Schaffung von Fluchtursachen ins Zentrum stellt. Herausgegeben von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl.

2 medico-Jahresbericht 2019 – [44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.

3 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft – [28 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

4 Globale Gesundheit

16-seitige Kurzbroschüre. Das Recht auf den Zugang zu bestmöglicher Gesundheit wird weltweit jeden Tag millionenfach verletzt. Der Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorganisationen und medicos Engagement in globalen Netzwerken vor. Natürlich kostenlos.

5 Warum Menschen fliehen – [32 S.] Mit dieser Broschüre möchten wir Material liefern für informierte, reflektierte und engagierte Beiträge zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Flucht und Migration, die hierzulande zunehmend von Angst und Ausgrenzung bestimmt ist. Herausgegeben von medico international und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

6 medico-Rundschreiben 04/20 – Reportagen, Interviews, Kommentare und Analysen aus dem globalen Handgemenge unserer Projekt- und Kampagnenarbeit.

7 Inseln der Vernunft schaffen – Der Flyer informiert kurz und knapp über Ziele und Arbeitsweisen der stiftung medio international und ist auch bestens geeignet, potenziell interessierte Freund:innen und Bekannte auf die Stiftung aufmerksam zu machen.

Ich bestelle:

_____ Broschüre Exportweltmeister

_____ medico-Jahresbericht 2019

_____ Broschüre zu Testament und Erbschaft

_____ Broschüre: Globale Gesundheit

_____ Broschüre: Warum Menschen fliehen

_____ medico-rundschreiben 04-20

_____ Flyer: Inseln der Vernunft schaffen

Anzahl

_____ Name

_____ Straße

_____ Ort

_____ Meine Spendennummer

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
- dass eine Spende in Höhe von _____ € einmalig von meinem Bankkonto abgebucht wird.

_____ IBAN

_____ BANK

_____ BIC

_____ Datum

_____ Unterschrift

Bitte einsenden an:
medico international
Lindleystr. 15
D-60314 Frankfurt am Main
oder faxen an [069] 43 60 02

Spenden & Stiften

Die Hilfe in krisenhaften Zeiten braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen. 50 Jahre medico sind nicht ohne die kritischen und aufmerksamen Wegbegleiter zu denken. Rettung lauert überall – auch in unseren Fördermitgliedern und Unterstützern.

Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Partner hierdurch unabhängig arbeiten können und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Stichwort versehen, dann wird Ihre Spende ausschließlich in der entsprechenden Region bzw. themenbezogen eingesetzt.

Fördermitgliedschaft: Eine Fördermitgliedschaft ermöglicht mit regelmäßigen Beiträgen langfristige und verbindliche Projektkooperationen. Sie hilft, Partner in Regionen zu unterstützen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen, und in Krisensituationen auch dann zu helfen, wenn hier Anteilnahme und Spendenbereitschaft schwinden. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken!

Spenden und Schenken: Verschenken Sie eine Spende an medico: Ob Geburtstag, Hochzeit, Jubiläum oder Firmenfeier – jeder Anlass eignet sich. Sie können sich auch eine Spende

wünschen. medico stellt Ihnen eine Geschenkkarte und Infomaterial zur Verfügung.

Gemeinsame Spendenaktionen online starten: [Schul-]Feste, Konzerte und andere Veranstaltungen sind in Pandemiezeiten nicht möglich – kommen Sie daher online zusammen und starten gemeinsam eine Spendenaktion. Ob zum eigenen Geburtstag oder zur Unterstützung eines konkreten medico-Projektes: Legen Sie auf unserer Internetseite eine Online-Spendenaktion an und teilen den Link über E-Mail und Soziale Medien mit Familie, Freund:innen und Kolleg:innen. Entscheiden Sie selbst über Spendenstichwort, einen Text, ein Foto und darüber, wen Sie einladen. Sie können festlegen, ob die Aktion auf dieser Seite öffentlich sichtbar oder privat ist. Die Spendenaktion ist in wenigen Minuten aufgesetzt. www.medico.de/spendenaktion

Zustiftungen: Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: es gibt verschiedene Formen zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Online-Spenden: Unter medico.de/spenden können Sie unkompliziert online spenden oder eine Fördermitgliedschaft abschließen.

Spendenkonto medico international
BIC HELADEF1822
IBAN DE21 5005 0201 0000 0018 00



Das Deutsche Zentralinstitut für Soziale Fragen [DZI] bescheinigt medico international

einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

Spendenquittungen: medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatische eine Spendenbescheinigung, spenden Sie regelmäßig oder mehrmals im Jahr, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter

Allgemeine Anfragen zu Spenden, Fördermitgliedschaft und Geschenkspenden

Andrea Schuldt und Frank van Ooyen
Tel.: (069) 944 38-0, Email: info@medico.de



Zustiftungen, Testamentspenden und Unternehmensspenden

Gudrun Kortas
Tel.: (069) 94438-28,
Email: kortas@medico.de



Spendenaktionen und Kommunikation

Anita Starosta
Tel.: (069) 94438-44,
Email: starosta@medico.de

Umzug oder Bankänderung? Bitte teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung, unter Nennung der alten Anschrift, mit. So bleiben wir in Kontakt!

Vielen Dank für die solidarische Unterstützung unserer Arbeit!

medico online Nachrichten, Meinungen und Analysen aus dem globalen Handgemenge. Im **Blog** mischen sich medico-Kolleginnen und -Kollegen in aktuelle Debatten ein und entwickeln Perspektiven im Dialog mit unseren Partnerorganisationen in Asien, Afrika und Lateinamerika. **Mit Beiträgen von Thomas Gebauer, Anne Jung, Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Seibert u.v.m.** Der **Newsletter** informiert regelmäßig über unsere neuesten Veröffentlichungen, über Hintergründe, Kampagnen und Aktuelles. In den **sozialen Netzwerken** unterstützen wir den täglichen Blick über den Tellerrand. Facebook, Twitter, Instagram, Youtube, Telegram – **alle Optionen unter [medico.de/verbinden](https://www.medico.de/verbinden)**



ZEIT FÜR VERNÜNFTIGEN RADIKALISMUS

Es ist wirklich die Zeit für vernünftige, aber radikale Veränderung in der Welt. Der Kapitalismus und das System des profitorientierten Gesundheitswesens kann diese Krise nicht lösen. Die Situation ähnelt der am Ende des Zweiten Weltkriegs, als die Regierungen bereit waren, wirklich anders zu denken. Sie waren bereit, die Steuern für die Reichen drastisch zu erhöhen, um sie in öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur zu investieren, einschließlich der öffentlichen Gesundheitssysteme. Das ist die Antwort, die wir jetzt fordern sollten.

Marc Heywood, Journalist, Menschenrechtsaktivist und medico-Partner aus Südafrika



Parallel zum Treffen der Welthandelsorganisation WTO Mitte März 2021 haben wir vor dem Bundeswirtschaftsministerium in Berlin demonstriert, um den freien Zugang zu Covid-19-Impfstoffen und die Aufhebung von deren Patentschutz zu fordern.